Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 364.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 28. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit.

C. Berlin, 26. Mai.

In der Generalversammlung des Freihandelsvereins sprach gestern Abend Dr. Bamberger über das Thema: „Ist der Freihandel ein Reichsfeind?"

Der Gedankengang der Rede war etwa folgender:

Ein erster Wendepunkt ist eingetreten in der inneren Politik des deutschen Reichs, wie er so entscheidend nicht dagewesen seit 1871; und gerade an der Schwelle dieser so wichtigen Entscheidung ist den inneren politischen Aufgaben, denen sich der Verein speziell gewidmet hat, eine besonders hervorragende Stellung zuerkannt worden. Die Tendenzen des Freihandels wurden von dem Reichskanzler als diejenigen bezeichnet, welche ausschlaggebend auf die von ihm verfolgte Richtung einwirken, weil nämlich die freie Wahl des einzuschlagenden Wegs ihm durch die vom Freihandel gemachte Opposition benommen wäre. Der Kanzler sieht in den Anhängern des Freihandels auf der linken Seite des Reichstags dasjenige Element, welches seine Rechnung auf die Zusammensetzung einer seinen Plänen dienenden konstanten Mehrheit durchkreuzt. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß unserer wirthschaftlichen Anschauung für die zukünftige Entwickelung der Politik des Kanzlers ein großer Theil der Verantwortlichkeit von demselben wird zugeschoben werden. Wer mit eingehender Aufmerksamkeit die denkwürdige Rede des Kanzlers vom 8. Mai prüfte, konnte über diesen Sinn derselben kaum zweifelhaft sein.

So ist die Tendenz des Freihandels in den Mittelpunkt der großen Politik gerückt, und wir können, indem wir heute bei unserer ersten Generalversammlung uns von unserer Aufgabe für die nächst bevorstehenden Zeiten Rechenschaft geben, nicht umhin, alle die großen politischen Fragen, von denen die weitere Entwickelung der Reichsgeschäfte abhängt, in den Kreis unserer Betrachtungen hineinzuziehen. Es hat dieser Gang der Sache weder etwas Ueberraschendes noch etwas Beunruhigendes. Der Redner hat sich niemals in seinem Innern der Meinung anbequemen können, daß die wirthschaftlichen Grundlagen der Reichspolitik sogenannte offene Fragen wären, dergestalt, daß im Schoße derselben Partei die schärfsten Gegensätze hierüber neben einander bestehen könnten. Des lieben Friedens halber kann man eine Weile sich über solche Gegensätze hinaushelfen, aber in dem Maß, als sie von bloßen Fragen der Handelspolitik sich in die grundlegenden Probleme der wirthschaftlichen Verfassung einer Nation hineinvertiefen wird es undenkbar, daß entgegengesetzte Anschauungen hier friedlich neben einander wohnen. Es ist so wahr, daß selbst der große Wendepunkt des Moments vielleicht nur zum Schein in den kirchenpolitischen Fragen beruht. In Wahrheit liegt das Geheimniß der Krisis, in die wir eingetreten sind, in den wirthschaftlichen Fragen. Sogar ist es erlaubt, die Frage aufzuwerfen, ob die Kirchenpolitik in der heutigen Kombination dem Auge des tiefer Blickenden nicht mehr als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck erscheinen soll, ob mit der Unterwerfung unter das Zentrum, welche sich vorbereitet, ja welche durch die bloße Thatsache der kirchenpolitischen Gesetzesvorlage in der Hauptsache bereits vollzogen ist, nicht die Konzessionen erkauft werden sollen, welcher die seit dem vorigen Jahr begonnene Zoll-, Steuer- und Wirthschaftspolitik zu ihrer weiteren Durchführung u. A. auch für das Tabaksmonopol bedarf. So kann man in der That sagen, daß die Lage des deutschen Reichs nach Innen beherrscht wird von dem Gegensatz „Freihandel oder Schutzzoll", beide Worte in ihrem tieferen und weiteren Sinn genommen.

Sind wir darin mit dem Reichskanzler einverstanden, so ist ihm ferner auch durchaus zuzustimmen, wenn er zu seinem Bedauern erkennen muß, daß die begeisterte Stimmung für die Idee des deutschen Reichs erlahmt ist, daß der Partikularismus das Haupt erhebt und in gewissem Sinne das, was man Reichsfeindschaft nennt, zu größerer Macht gekommen ist. Eine wahre Reichsfeindschaft giebt es nämlich nicht in dem ehemals damit verbundenen Sinn, als beständen namhafte Parteien, welche die Existenz der Nation als solche bedrohen. Reichsfeindschaft existirt heute nur in dem mäßigen Sinn, daß die einheitliche Verfassung, welche das Reich seit dem Jahre 1871 sich gegeben, von bestimmten Parteien mit Widerstreben behandelt wird. In diesem Sinn fällt allerdings Reichsfeindschaft auch zusammen mit Partikularismus, und auch dieser kann nicht mehr gedacht werden als die ernste Bestrebung, etwa welfische oder kurhessische Dynastien wieder herzustellen, denn dafür, daß dies nicht geschehe, kann man schon den König von Preußen sorgen lassen. Die Bestrebungen des Partikularismus richten sich vielmehr nur noch auf den Geist der Gesetzgebung. Dieser Geist reaktionärer innerer Politik, namentlich auf wirthschaftlichem Gebiete, hat seinen Stützpunkt in den Ueberlieferungen der Einzelstaaten und namentlich gewisser Mittelstaaten. Die Schaffung des deutschen Reichs ist wesentlich hervorgegangen aus der Ueberwindung des kleinstaatlichen Absperrungs- und Zunftgeistes, aus dem Sieg der höheren politischen Auffassung, welche seit den Zeiten des preußischen Aufschwungs von der preußischen Handels- und Wirthschaftspolitik vertreten worden ist, gegenüber Denen, die sich nach der Atmosphäre des Mittelalters zurücksehnen, welche einer der jetzigen Reichstags-Präsidenten jüngst zu Ehren der Zunftgesetzgebung gepriesen hat. Der Umschwung, welcher diesen Sieg des Partitularismus herbeiführen mußte, datirt nicht von heute. Freilich tritt er dem Kanzler erst nahe, wenn er persönlich auf Widerstand stößt, und auch dann ist, was er Partikularismus zu nennen beliebt, nicht das, was in Wirklichkeit als solcher bezeichnet zu werden verdient. Die Umkehr, aus welcher die bedauernswerthe Zersetzung hervorgegangen ist, trat ein zu jener Zeit, als der Kanzler selbst unter dem Zusammenwirken verschiedener mächtiger Faktoren umgestaltend in die innere Politik des deutschen Reichs einzugreifen begann. Der verhängnißvolle Augenblick markirt sich am schärfsten durch die Entlassung Delbrücks im Frühling 1876; durch den Bruch mit dem Manne, welchen alle Welt und so wie Jemand der Reichskanzler als den obersten Werkmeister für die Durchführung der preußischen Ueberlieferungen im neuen Reich ansah; und nichts ist bezeichnender, als daß der verdiente und verehrte Mann ausscheiden mußte kurz nachdem er in einer vielbemerkten Reichstagsrede den Ausspruch gethan, daß gegen die Dummheit die Götter selbst vergebens kämpfen. Denn in diesem rasch hingeworfenen Wort war der letzte Ausdruck des Widerspruchs enthalten gegen die unheilvolle wirthschaftliche Anschauung, die seitdem stark und stärker über das Reich hereinbrechen sollte. Denn jener Ausspruch war ein Protest gegen die falsche Grundanschauung, daß Regierung und Gesetzgebung verantwortlich zu machen seien für den Erfolg, mit dem die Angehörigen einer Nation ihre Privat-Wirthschaft betreiben. Denen allerdings, welche den Geist des deutschen Reiches brechen und den Geist des alten Partikularismus wieder aufrichten wollten, war solche falsche Auffassung aufs Höchste willkommen, sie wurde ihnen der Hebel mit dem sie die einheitliche und freiheitliche Entwickelung unserer inneren Politik im Fundament zu erschüttern hoffen durften; und unglücklicher Weise gelang es ihnen, mit diesem Hebel den Arm des Kanzlers selbst zu bewaffnen. Unter den deprimirenden Erfahrungen der großen Geschäftskrise haben die reaktionären Elemente aller Art laut und lauter die Meinung verbreitet, daß die innere Politik des Reiches verantwortlich zu machen sei für den wirthschaftlichen Niedergang der Nation; und von dieser falschen Annahme bis zu der Konsequenz, daß ein Umkehren der Gesetzgebung zur Hebung des Wohlstandes führen müsse, war nur ein Schritt. Die Koalition aller einzelnen Interessen, welche in Bevormundungs-, Steuer- und Schutzmaßregeln ihr Heil zu finden glauben, machte Chorus mit denen, die aus rein politischen Motiven die Reichsgesetzgebung herabzuwürdigen trachteten; und aus dem gesammten Lärm erhob sich ein Appell an den Reichskanzler, der einem zum Herrschen geborenen Mann um so verlockender erscheinen mußte, als er in sich selbst zu der freien wirthschaftlichen Richtung, die er im Reich früher vertreten hatte, nichts weniger als eine tief eingewurzelte Neigung finden konnte. Es wäre falsch, Anklage gegen den Kanzler zu erheben, weil die Dinge so gekommen. Ob, wie ein humoristischer Eisenzöllner im Reichstag gesagt, der Kanzler auf den Ruf Aller oder Alle auf den Ruf des Kanzlers gekommen, wird. Jeder nach seiner Weise entscheiden. Die Wahrheit liegt hier wahrscheinlich in der Mitte. Des Kanzlers geistige Größe hat der Nation zur Entfaltung der großen Bestrebungen gedient, so lange sie selbst groß und mächtig im Geiste war. Sein Genie hat Ideen der Einheit und der freien wirthschaftlichen Bewegung realisirt, welche ein Jahrhundert vorbereitet hatte; leider hat sein Genie auch zum Werkzeug werden müssen für den Anfall von Kleinmuth, in dem die Nation allen üblen Rathschlägen ihr Ohr geöffnet hat; und zur Höhe des Verhängnisses kommen noch jene Attentate, welche Gelegenheit boten, die Anhänger der freien Entwicklung von Neuem zu dezimiren zum Besten des Partikularismus und aller rückläufigen Bestrebungen. Die Gefahren, welche wir heute verwirklicht sehen, hat Niemand besser vorausgesagt als ein Mann, der wohl als unverdächtiger Zeuge in diesen Dingen gelten muß. (Der Redner verliest eine Stelle aus einer Rede des Abgeordneten v. Treitschke vom 21. April 1877, in welcher derselbe vor der zerstörenden Wirkung warnte, welche das Heraufbeschwören der schutzzöllnerischen Bewegung mit sich führen müßte.) Noch schneller als man hätte erwarten können, hat sich jene düstere Prophezeiung erfüllt. Wunderlich ist es und Niemand konnte es ohne Lächeln anhören, wenn der Kanzler jetzt die Anhänger des Freihandels, insbesondere ihren hervorragendsten Vertreter Delbrück, anklagt, Arm in Arm mit dem Zentrum zu gehen, in der That eine sonderbare Wahrnehmung des Mannes, der, wie der Redner selbst schon bei der großen Zolldebatte des vorigen Jahres ausgesprochen, mit seinem Wirthschafts- und Steuerprogramm selbst dem Zentrum entgegengegangen, seine Kerntruppe aus ihm gemacht, Arm in Arm mit Herrn Windthorst auf der einen und Herrn v. Varnbüler auf der anderen Seite seine, des Kanzlers, und des Reichs treueste und uneigennützigste Anhänger über den Haufen gerannt hat. Der Reichstag, dessen Mehrheit sich berufen sieht, den Apparat veralteter Gesetzgebung in allen wirthschaftlichen Angelegenheiten wieder aus der Rumpelkammer der Jahrhunderte herauszuholen, ist das Werk der Kanzler-Politik. Man braucht nur das Präsidium zu betrachten, um rechts und links vom Vorsitzenden die Quintessenz des Partikularismus thronen zu sehen, den der Kanzler erst heut entdeckt, weil der Reichstag nicht hat nach Samoa gehen wollen und damit die Reise des Kanzlers nach Canossa beschönigt wird. Auch kann es ja allerdings nichts Erschreckendes haben, nach dem Vorgang und im Bunde des Zentrums jetzt als Reichsfeind erklärt zu werden. Denn diese Reichsfeindschaft endet, wie man heute sieht, mit dem Sieg des ehemals sogenannten Feindes im Reich. Wenn irgend eine Erfahrung eine Gegnerschaft im Widerstand ermuntern kann, so ist es der Triumph, welchen heute die Politik des Zentrums über die zehnjährige Politik des Reiches und des Kanzlers feiert. Ob dieser Abschluß, ob die daraus vielleicht dereinst erwachsende und so sehr wünschenswerthe Herstellung des kirchlichen Friedens um den Preis, der dafür gezahlt wird, zu theuer erkauft wird oder nicht, das haben wir hier nicht zu untersuchen. Aber so viel können wir daraus lernen: der Starke gehört nur dem Starken. Nur der eigenen Schwäche, Uneinigkeit, Kleingläubigkeit und Energielosigkeit haben es die Anhänger einer freisinnigen Wirthschaftspolitik vorzuwerfen, wenn sie für den Augenblick das schwer bedroht sehen, was sie vor zehn Jahren als ein sicheres Besitzthum fest in Händen zu halten glaubten. Nicht der Freihandel ist ein Reichsfeind, aber auch nicht der Schutzzoll, der wahre Reichsfeind kann die Nation nur bedrohen aus ihrem eigenen Geist und Charakter heraus und nur wenn sie sich ermannt zu neuem freien politischen Leben, kann sie ihr Schicksal wenden, angesichts der Gefahr jener Versumpfung, in die sie, wie es der Kanzler selbst fühlt, bereits tief hineingerathen ist.

Die Versammlung nahm den Vortrag mit lebhaftem Beifall auf und sprach dem Redner auf Antrag des Dr. Wolff (Stettin) ihre Anerkennung aus. Dann wurde der Jahresbericht erstattet. Derselbe konstatirt zunächst, daß der Verein, welcher Anfangs nur der Agitation schutzzöllnerischer Interessenten entgegenzutreten hatte, sich bald nach seiner am 1. Oktober 1878 erfolgten Begründung vor eine wesentlich erweiterte Aufgabe gestellt sah, da die gesetzgebenden Faktoren zu einer vollständigen Revision des Zolltarifs schritten, durch welche fast alle seit 1862 in unserem Zollwesen erstrittenen Entlastungen des Verkehrs wieder in Frage gestellt werden sollten. Gegen diese Revision hat der Verein in allen Punkten, wo sie auf eine Beschränkung des bisher erreichten bescheidenen Maßes freien internationalen Verkehrs hinauslief, und durch alle Stadien der Vorbereitung und Berathung des neuen Tarifs anzukämpfen versucht. Mit einer Reihe zu diesem Zwecke veröffentlichter Schriften wendete er sich sowohl an die Mitglieder der gesetzgebenden Faktoren als an die zunächst betheiligten Interessenten und die Gesammtheit der am öffentlichen Leben theilnehmenden Bevölkerung. Als dann der Entwurf des neuen Tarifs im Reichstage eingebracht war, suchte er insbesondere den freihändlerischen Abgeordneten durch Beschaffung des wünschenswerthen literarischen und statistischen Materials in ihrem schwierigen Kampfe gegen eine von vornherein geeinte Majorität Beistand zu leisten, und wenn es gelungen ist, von Anfang an und namentlich während der ganzen Dauer der beispiellos langen Session den Gegnern das Terrain Schritt für Schritt streitig zu machen und selbst in einigen, leider allzu wenigen Punkten das Schlimmste abzuwenden, so ist hierbei die Thätigkeit des Vereins, wie sich dies sowohl in der Presse als in den Reichstagsdebatten fortdauernd bekundet hat, von erfolgreicher Bedeutung gewesen. An Publikationen hat der Verein bisher theils als in zwangloser Folge erscheinende Hefte der Vereinsmittheilungen, theils als besondere Broschüren 24 Schriften in zusammen 47,000 Exemplaren an seine Mitglieder und in weiteren Kreisen zur Vertheilung gebracht; von der im Auftrage des Vereins herausgegebenen „Freihandels-Korrespondenz" sind im letzten Jahre 144 Nummern erschienen. Am Schlusse des Rechnungsjahres zählte der Verein 1415 Mitglieder, darunter 30 Handelskammern und kaufmännische Korporationen, sowie eine Reihe landwirthschaftlicher, kaufmännischer und anderer Vereine. Der Zentral-Ausschuß des Vereins besteht zur Zeit aus 40 Mitgliedern, welche fast alle Landestheile Deutschlands und die verschiedensten Berufsarten, insbesondere Handel, Landwirthschaft und Industrie repräsentiren. Einen schmerzlichen Verlust hat derselbe in dem am 29. März d. J. verschiedenen Dr. H. B. Oppenheim zu beklagen, der zu den Begründern des Vereins gehörte und bis zu seinem Tode ihm ein treuer, immer thatbereiter Förderer und Berather geblieben ist. Der Verein befindet sich zur Zeit in einer gegen den Beginn seiner Thätigkeit völlig veränderten Situation. Er hat nicht mehr eine zwar viel bestürmte, aber bis dahin erfolgreich behauptete handelspolitische Position gegen einzelne Interessengruppen zu vertheidigen, sondern muß einen vielleicht lang andauernden Kampf gegen ein System führen, welches seine dem Entwickelungsgange der wirthschaftlichen Kultur wie den Traditionen der Handelspolitik Preußens widersprechenden Grundsätze in allen Theilen des Zoll- und Eisenbahnwesens durchzusetzen trachtet. Es kann sich dabei für ihn nach seiner Zusammensetzung und Bestimmung nicht um eine weitergreifende Agitation im Stile einer politischen Partei handeln. Wie bisher wird er allen freihändlerischen Bestrebungen in Deutschland durch Beschaffung wissenschaftlichen und praktischen Materials und Verwerthung desselben in gemeinverständlicher Form zu dienen bemüht sein, und zur Erfüllung dieser Aufgabe, welche trotz ihrer großen Bedeutung für die zukünftige Gestaltung aller Verkehrspolitik in gleicher Weise von keiner anderen Vereinigung aufgenommen ist, rechnet er auf die thatkräftige Unterstützung aller Gesinnungsgenossen im deutschen Reiche.

Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Zentral-Ausschusses wurden gewählt die Reichstagsabgeordneten Dr. Bamberger (Mainz), v. Behr-Schmoldow, Fürst Carl zu Carolath-Beuthen, Rittergutsbesitzer Flügge-Speck, H. H. Meier (Bremen), R. H. Möring (Hamburg) und Rickert (Danzig), ferner Kommerzienrath Haker (Stettin), Geh. Kommerzienrath Kleyenstüber (Königsberg), Oekonomierath Hausburg (Berlin), Geh. Kommerzienrath Stephan (Berlin) und Dr. M. Weigert (Berlin). Der Ausschuß konstituirte sich, indem er als Mitglieder folgende Herren kooptirte: Dr. Th. Barth (Bremen), Dr. C. Braun (Leipzig), Dr. H. Dohrn (Berlin), Stadtrath Hirsch (Danzig), Rittergutsbesitzer von Homeyer (Ranzin), Dr. Fr. Kapp (Berlin), Dr. Klügmann (Lübeck), Aug. Kuby (Wiesbaden), Landtags-Präsident Dr. von Lengerke (Lippe-Detmold), Ed. Lippert (Hamburg), Kommerzienrath W. Lödel (Ulm), Kommerzienrath L. Molinary (Breslau), Chr. Papendieck (Bremen) Rittergutsbesitzer Plehn (Bochin), Generallandschaftsrath Richter (Königsberg), Eugen Richter (Berlin), Dr. Roß (Hamburg), Edgar Roß (Hamburg), Reichstagsabgeordneter Stadtrath Schlutow (Stettin), Vorsitzender der Handelskammer Hermann Schnoor (Leipzig), Landtags-Abgeordneter L. Seyffardt (Krefeld), Reichstagsabgeordneter Justizrath Stellter (Königsberg), Reg.- u. Baurath a. D. v. Unruh (Zoblitz), Kommerzienrath J. C. Weiderl (München), Senator Dr. Witte (Rostock), Stadtrath A. Wolff (Berlin), A. N. Zacharias (Hamburg), General-Sekretär M. Brömel (Berlin). In den Vorstand des Vereins wurden die in Berlin wohnhaften Ausschußmitglieder: Dr. Bamberger Oekonomierath Hausburg, Geh. Kommerzienrath Stephan und Dr. Weigert gewählt.

Kirchenpolitische Akten.

I.

Der von uns seinem Inhalte nach unter den Spezial-Depeschen der gestrigen Morgenausgabe der „Posener Zeitung" bereits ausführlich mitgetheilte Erlaß des Reichskanzlers an den kaiserlichen Botschafter in Wien, vom 20. April, lautet nach der „Nordd. Allg. Ztg." wörtlich*) folgendermaßen:

Auszug.

Vertraulich. Berlin, den 20. April 1880.

Daß in unseren Unterhandlungen Rückschläge, wie der in den Berichten Eurer Durchlaucht vom 15. und 16. d. M. — Nr. 177 — gemeldete, früher oder später eintreten würden, darauf war ich durch die Haltung des Zentrums vorbereitet. Wir müssen auch ferner darauf gefaßt sein, daß man von römischer Seite jedes Mittel der Diplomatie erschöpfen wird, bevor wir zu einem erträglichen modus vivendi gelangen, und wir werden noch mehr Phasen wie die gegenwärtige durchzumachen haben, da die römischen Prälaten durch ihre mangelhafte Einsicht in die preußischen Verhältnisse stets verleitet werden, übertriebene Erwartungen zu hegen und ihre Ziele zu hoch zu stecken. Wenn man geglaubt hat, daß wir nicht bloß abrüsten, sondern unsere Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollten, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut, wozu ich durch keine meiner Aeußerungen Anlaß gegeben habe. Auf der anderen Seite ist der Pronuntius im Unrecht, wenn er der preußischen Regierung einen Vorwurf daraus machen will, daß der Staatsministerial-Beschluß vom 17. v. M. die Wiener Besprechungen mit Schweigen übergeht, und dieses Schweigen so deutet, daß man es nicht der Mühe werth halte, sich über seine und seiner Techniker Erklärungen auszusprechen. Dieser Beschluß nimmt in der That eine sehr wesentliche Modifikation der Maigesetze in Aussicht, wenn er für die Regierung die Befugniß erstrebt, die Ausführung derselben im Interesse des Friedens zu unterlassen. Bis jetzt ist die Regierung ver-

*) Die in dem Telegramme ganz oder theilweise fehlenden Stellen sind in der heutigen Wiedergabe des Erlasses von uns durch den Druck hervorgehoben, die in dem Erlasse selbst hervorgehobenen Worte fett gedruckt. D. Red.

pflichtet, sie streng durchzuführen; wird sie von dieser Verpflichtung entbunden, so kommt sie in die Lage, die Gesammtheit der betreffenden Gesetze friedlich, freundlich und entgegenkommend handhaben zu können, so bald und so lange eine ähnliche Politik von der Kurie beobachtet wird. Sich mit den einzelnen Egebnissen der wiener Besprechungen eingehend zu befassen, wird für uns an der Zeit sein, sobald wir die entsprechenden Fakultäten von dem Landtage erlangt haben und das Maß ihrer Ausübung erwägen werden. Die Befürchtung Jacobini's, was denn werden solle, wenn etwa die Regierung wechselte, ist eine gegenseitige. Was kann uns nicht bedrohen, wenn die Regierung im Vatikan wechselt und wieder ein kämpfender Papst wie Pius IX. den Stuhl besteigt? Wir müssen also auf beiden Seiten in der Lage sein, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält. Daß wir das unserige zerbrechen sollen, während die Kurie ihre Politik friedlich oder feindlich einrichten kann nach dem Willen des jeweiligen Papstes und seiner Rathgeber, ist von uns nicht zu verlangen. Wenn der Pronuntius Klarheit in dem Staatsministerialbeschlusse vermißt, so muß ich fragen, was denn auf römischer Seite bisher klar ist. **Wir** haben erhebliche praktische Konzessionen, soweit wir das nach der bisherigen Gesetzgebung konnten, seit dem Amtsantritt des Ministers v. Puttkamer gemacht; von dem Papste aber haben wir weiter nichts als eine unbestimmte theoretische Andeutung ohne rechtsverbindliche Verpflichtung, daß er ein unvollkommen definirtes Anzeigesystem werde dulden können, oder wie der Pronuntius sich ausdrückt, es ist uns eine entgegenkommende Aktion „in **Aussicht gestellt**", während eine solche unsererseits bereits erfolgt ist. Die „Aussicht" wird uns bis zum Gefühl des Mißtrauens getrübt durch die Haltung der Zentrumspartei im preußischen Landtage und im Reichstage, in der wir eine praktische Erläuterung, eine Interpretation der päpstlichen Instruktionen erblicken. Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhls gegen die Sozialisten, wenn die katholische Fraktion im Lande, unter lauter Bekennung ihrer Ergebung in den Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Sozialisten wie jeder anderen subversiven Tendenz öffentlich Beistand leistet? Unter Betheuerungen guter Absichten, welche niemals zur Ausführung gelangen, und unter dem Vorwande, daß man gerade **so**, wie die Regierung es betreibe, die Sozialisten nicht bekämpfen wolle, im Uebrign sie verurtheile, stimmt das Zentrum stets mit den Sozialisten; und wählte die Regierung andere Wege, so würden auch gerade diese wieder für das Zentrum nicht die annehmbaren sein. Als vor einem Jahre die katholische Partei in der Zollfrage uns ihre Unterstützung lieh, glaubte ich an den Ernst des päpstlichen Entgegenkommens und fand in diesem Glauben die Ermuthigung zu den stattgehabten Unterhandlungen. Seitdem hat die katholische Partei, die sich speziell zum Dienste des Papstes öffentlich bekennt, im Landtage die Regierung auf **allen** Gebieten, der Eisenbahnfrage, bei dem Schanksteuergesetz, bei dem Feldpolizeigesetz, in der polnischen Frage, angegriffen. Ebenso in der Reichspolitik und gerade in Existenzfragen, wie der Militäretat, das Sozialistengesetz und die Steuervorlagen, steht die katholische Partei wie ein Mann geschlossen uns gegenüber und nimmt jede reichsfeindliche Bestrebung unter ihren Schutz. Mag eine solche von den Sozialisten, von den Polen oder von der welfischen Fronde ausgehen, das System bleibt konstant dasselbe, die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Wenn man nun sagt, daß diese Fraktion irregeleitet werde durch einige Führer, welche vom Kampfe leben und bei dem Frieden fürchten überflüssig zu werden, so ist mir das nicht glaublich angesichts der Thatsache, daß so viel Geistliche, hohe und niedere, unmittelbare Mitglieder dieser regierungsfeindlichen Fraktion sind, und daß deren Politik, den Sozialisten Beistand zu leisten, von den Mitgliedern des reichsten und vornehmsten Adels unterstützt wird, bei dem kein anderes Motiv denkbar ist, als die Einwirkung der Beichtväter auf Männer und noch mehr auf Frauen. Ein Wort von dem Papst oder von den Bischöfen, auch nur der diskretesten Abmahnung, würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit den Sozialisten ein Ende machen. So lange statt dessen die Regierung in den Basen ihrer Existenz durch die römisch-katholische Fraktion bekämpft wird, ist eine Nachgiebigkeit für die erstere ganz unmöglich. Die Regierung kann friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen; läßt sie sich durch Kampf und Drohungen die Hand zwingen, so hat sie als Regierung abdizirt. Wenn nun dazu kommt, daß auch der Past oder wenigsten der Pronuntius Ew. Durchlaucht gegenüber von einer drohenden Sprache Nutzen für die Verhandlungen zu erwarten scheint, so sehe ich daraus mit Bedauern, wie fern man dort jedem hier annehmbaren Gedanken an einen modus vivendi steht. Die Andeutung von definitiven oder sonstigen Beschlüssen, wie Abbruch der Verhandlungen und jede andere Drohung macht uns keinen Eindruck. Die katholische Partei hat in Bezug auf Agitation im Lande ihr Pulver zu früh verschlossen; die Wühlereien der Geistlichen und ihre wohlfeilen Blätter haben in den ersten Jahren des Konflikts Alles versucht, was möglich war, um die Regierung des Königs in den Augen seiner Unterthanen herabzusetzen und ihre Thätigkeit zu hemmen; die klerikale Presse hat darin mehr geleistet, als die sozialistische und ist in der Wahl der Mittel ebensowenig skrupulös gewesen wie diese. Was auf diesem Wege uns Unangenehmes und Gefährliches bereitet werden **konnte,** haben wir bereits erduldet und müssen das Fernere erdulden, wenn die Geistlichkeit diese Rolle fortsetzt, welche sie dem Staate und der Bevölkerung mehr und mehr entfremdet. Die Verminderung der Geistlichen, das Verschwinden der Bischöfe, der Verfall der Seelsorge flößen uns die lebhafteste Sympathie mit unseren katholischen Mitbürgern ein, die auf diese Weise von ihren Geistlichen verlassen werden, weil die Priester aus politischen, dem Laien schwer verständlichen Motiven die Seelsorge verweigern. Es ist Sache der Kirche und des Papstes, dies zu verantworten. Zu anderen Zeiten und in anderen Ländern haben wir gesehen, daß die katholische Geistlichkeit unter sehr viel härteren Bedingungen, ja unter großen Gefahren und Demüthigungen, dennoch die Gläubigen, die ihrer bedurften, nicht unbefriedigt ließ, sondern das tolerari posse sehr viel weiter trieb, als es nöthig sein würde, um in Preußen Seelsorge zu üben, ohne mit den Maigesetzen in Konflikt zu kommen. Wenn die heutige Hierarchie ihr Ziel und ihre Ansprüche sehr viel höher schraubt und lieber den Gläubigen die Wohlthaten der Kirche versagt, als daß sie sich den weltlichen Gesetzen fügt, so werden Kirche und Staat die Folgen tragen müssen, welche Gott und die Geschichte darüber verhängen. Bis jetzt sind wir es, die praktisch entgegengekommen sind; die polizeilichen, die gerichtlichen Verfolgungen sind sistirt, soweit das Gesetz es uns erlaubt; wir haben den Staatsanwalten und der Polizei, soweit wir es können, Schweigen und Enthaltung auferlegt und beabsichtigen, Gesetze vorzulegen, welche uns das in größerem Maße noch gestatten sollen; die Kirche aber läßt ihre Anwalte im Reichstage und Landtage und in der Presse den großen und den kleinen Krieg in etwas milderen Formen, aber mit derselben sachlichen Entschiedenheit fortsetzen wie früher. Es thut mir sehr leid, wenn der Papst glaubt, durch Kampf und Drohung mehr von uns erreichen zu können, als durch freundliches Nachgeben, und wenn ein so liebenswürdiger Prälat, wie Jacobini, über unser Verhalten verstimmt zu sein Ursache hat; aber in Bezug auf die **Gleichheit der Konzessionen,** das Vorgehen **pari passu** in denselben ist unser staatliches non possumus ebenso zwingend, wie das kirchliche. Ich habe weder zu Masella noch zu Jacobini jemals eine Silbe gesagt, welche dahin hätte gedeutet werden können, daß wir in eine Revision, respektive Abschaffung der Maigesetze nach Maßgabe der klerikalen Forderungen willigen würden; friedliebende Praxis, erträglicher modus vivendi auf der Basis beiderseitiger Verträglichkeit ist Alles, was mir jemals erreichbar schien. Ich habe die Rückkehr zu der Gesetzgebung von vor 1840 im Prinzip für annehmbar erklärt, die Rückkehr zu dem von 1840 bis 1870 erwachsenen Zustande aber stets mit großer Bestimmtheit abgelehnt bei den drei oder vier Gelegenheiten, wo dieselbe von uns verlangt wurde. Diese Ablehnung war nicht ein Mangel an Gefälligkeit, der durch die Wahrnehmung „peinlicher Eindrücke" beseitigt werden könnte, sondern sie war unabweisliche politische Nothwendigkeit.

Wenn die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen für Rom keinen Vortheil bildet, für den ein Preis gezahlt werden würde, so werden wir darauf verzichten, dieselbe nochmals anzubieten, und darauf nicht wieder zurückkommen.

gez. v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht
dem kaiserlichen Botschafter
Prinzen Heinrich VII. Reuß
Wien.

Der Wortlaut des Erlasses ist geeignet, die Vorsicht der Liberalen gegenüber der kirchenpolitischen Vorlage noch wesentlich zu steigern. Dieselbe soll dem Reichskanzler die Waffen in die Hand geben, die Zentrumswähler in sein Lager hinüberzuführen. Die Vollmachten würden also gewiß benützt werden, und zwar, was hochbedenklich, wesentlich in diplomatischer Art und Weise. Für das Rechtsbewußtsein des Volkes, für die Majestät der Gesetze wäre eine solche Praxis aber gewiß nicht ohne Bedenken, ganz abgesehen davon, daß die gedankenlosen ultramontanen Massen sich nicht so leicht den Zentrumsführern abwendig machen lassen werden, der Erfolg des Mittels also ein überaus zweifelhafter ist.

Man darf wohl hoffen, daß die Liberalen auch durch Drohungen wie die, mit welchen die in unserer letzten Mittagsnummer unter den Telegrammen mitgetheilte neueste Kundgebung in der „Nordd. Allg. Ztg." schließt, sich von dieser Ueberzeugung nicht werden abbringen lassen.

Deutschland.

□ **Berlin,** 26. Mai. (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Die kirchenpolitische Vorlage. Reichstagswahl.] Ueber das Schicksal, welches der Gesetzentwurf betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze im Abgeordnetenhause haben wird, läßt sich bis heute schwerlich eine sichere Vermuthung aussprechen. Fest steht das verneinende Votum der Fortschrittspartei und wohl auch des Zentrums und der Polen. Unter den Nationalliberalen wurden bisher auch fast nur verneinende Stimmen laut, und selbst unter den Konservativen gab es manchen Abgeordneten, der das Gesetz als völlig unannehmbar bezeichnete. Indessen seit einigen Tagen, wo man bestimmt weiß, daß der Reichskanzler große Anstrengungen macht, das Gesetz durchzudrücken, wird Alles wieder zweifelhaft. Vorgestern hatte Herr v. Rauchhaupt, gestern Herr Miquel bei Bismarck auf dessen Verlangen eine Audienz. Im Abgeordnetenhause wurde mit großer Bestimmtheit versichert, daß Miquel dadurch vom Gegner zum entschiedenen Freunde des Gesetzes bekehrt sei, und wenn dies wahr wäre, würde die Annahme des Gesetzes gesichert erscheinen. Der Exminister Falk wird schon in der ersten Lesung in der Opposition das Wort ergreifen, um die Verwerfung des Gesetzes in allen seinen Theilen zu empfehlen. — Im Abgeordnetenhause erregte der glänzende Sieg, den die Fortschrittspartei gestern bei der Reichstagswahl in Kassel-Melsungen davongetragen hat, das größte Aufsehen. Man hat dabei zu bedenken, daß im ganzen Wahlkreise erst durch den im September vorigen Jahres begründeten fortschrittlichen Wahlverein Anhänger dieser Partei gefunden wurden, daß der jetzige Reichsgerichtsrath Dr. Bähr den Wahlkreis seit 1867 vertreten hat, und daß er 1878 mit 7329 Stimmen gegen 4085 konservative, 2364 sozialdemokratische, 213 klerikale Stimmen siegte. Nach dem letzten, heute eingegangenen Telegramm waren 11,149 Stimmen (statt 14,027 von 1878) bekannt, davon 6965 auf

Magdeburg.

1680—1880.

Eine der interessantesten Erscheinungen der brandenburgisch-preußischen Geschichte bietet die beinahe stets unter dem lebhaftesten Widerstreben erfolgte Einfügung der im Laufe der Zeiten dem brandenburgisch-preußischen Staat zugewachsenen Städte und Ländergebiete in das neue Staatsgefüge und der schließlich darnach doch immer verhältnißmäßig rasche Eingewöhnungsprozeß derselben in die neuen Staatszustände. So konnte in Ostpreußen, der ersten derartigen großen Erwerbung, die Auflehnung der Stände gegen die brandenburgische Herrschaft und deren entschiedene Hinneigung zu Polen nur durch das entschlossenste Durchgreifen unterdrückt und niedergeworfen worden. Aehnlich verhielt es sich auch mit der zweiten derartigen Erwerbung, mit Cleve. Die Abneigung der Bürgerschaft von Stettin gegen Brandenburg erwies sich 1676 so stark, daß die nahezu allein von derselben vertheidigte Stadt erst nach einer neunmonatlichen schweren Belagerung gezwungen werden konnte, dem großen Kurfürsten ihre Thore zu öffnen. Noch bis in die neueste Zeit aber ist, mit der einzigen Ausnahme der Erwerbung von Schlesien, für beinahe alle Preußen neuzugewachsenen Provinzen das gleiche, tiefe Widerstreben der Bevölkerung derselben die Regel geblieben, und auch Magdeburg hat hiervon seiner Zeit keine Ausnahme gebildet.

Am 4. Juni d. J. soll in dieser alten und berühmten Stadt der Tag festlich begangen werden, der vor 200 Jahren den Anfall derselben an Brandenburg bedingte. Thatsächlich befand sich dieselbe damals bereits aber schon 14 Jahre im brandenburgischen Besitz, oder doch von brandenburgischen Truppen besetzt und einem brandenburgischen Gouverneur und Kommandanten unterstellt. Die Eingewöhnung ihrer Bevölkerung in die neuen Zustände konnte zu diesem Zeitpunkt deshalb bereits auch als nahezu bewirkt oder mindestens doch als längst angebahnt und weit vorgeschritten angesehen werden. Die Widerstandsperiode Magdeburgs hingegen fällt mit dem Zeitpunkt der brandenburgischen Besitzergreifung dieser Stadt im Jahre 1666 zusammen und der ganze Vorgang dieser Erwerbung erweist sich für die damaligen deutschen Staatszustände so charakteristisch, daß im Hinblick auf jene Jubiläumsfeier eine kurze Ausführung derselben hier vielleicht nicht ohne Interesse erscheinen möchte.

Das Streben Magdeburgs, der Stadt, von der nächst den brandenburgischen Markgrafen des Hauses Askanien die Kulturentwickelung für die gesammten nordöstlichen deutschen Binnengebiete ausgegangen ist, war während des ganzen Mittelalters darauf gerichtet gewesen, die Reichsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen. Der Erlangung dieses Zieles standen jedoch, ähnlich wie in Köln, die Rechte entgegen, welche der Erzbischof von Magdeburg über die Stadt, als den Hauptsitz seines Erzstifts, auszuüben in Anspruch nahm. Die Folge hiervon waren ewige Streitigkeiten, welche schließlich dahin führten, daß die Erzbischöfe ihre faktische Residenz nach Halle verlegten und Magdeburg fort und fort das möglichst ausgedehnteste Maß der Selbstständigkeit gegen dieselben behauptete. Schlimmer gestaltete sich dies Zerwürfniß noch, als die Stadt sich nach der Schlacht bei Mühlberg zur Vor- und Hauptburg des Protestantismus aufschwang und diese Stellung in der ruhmvollen Belagerung von 1546 gegen den Kaiser Karl V. und Moritz von Sachsen auch glorreich behauptete, zum Abschluß der zweiten Belagerung von 1631 durch Tilly aber fast gänzlich zerstört wurde.

Zur völligen Unbedeutendheit herabgesunken, folgte für Magdeburg im ferneren Verlaufe des dreißigjährigen Krieges immer eine Blockade und Belagerung der andern, und blieb schließlich die Stadt eine Reihe von Jahren von sächsischen Truppen besetzt. Beim Friedensschluß von Osnabrück 1648 wurde der Besitz derselben, wie des ganzen Erzstifts Brandenburg als Entschädigung für sein an Schweden abgetretenes Erbrecht auf Pommern zuerkannt. Die faktische Uebertragung und Besitzergreifung dieser neuen Erwerbung sollte jedoch erst nach dem Ableben des damaligen Erzbischofs, oder wie derselbe seit 1638 die Benennung angenommen hatte, des Administrators August, eines Sohnes des Kurfürsten Johann Georg's I. von Sachsen, erfolgen, gegen den die Stadt trotz aller Wandlung der Zeiten und ihrer nun schon seit Jahrzehnten so elenden Lage von seiner Postulirung im Jahre 1628 ab die schroffste Stellung eingenommen, und dem sie bisher in starrer Aufrechterhaltung der von ihr beanspruchten Unabhängigkeit selbst noch nicht einmal die Huldigung geleistet hatte.

Besonders charakteristisch für dies Verhältniß Magdeburgs zu dem faktischen Landesherrn erweist sich dabei, daß 1650 aus Opposition gegen den letzteren von der Stadt, ohne jedes Widerstreben, durch die dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg geleistete Erbhuldigung dessen Anrecht auf ihre künftige Besitznahme anerkannt wurde. Schnell übertrug sich jedoch das gleiche Oppositionsverhalten Magdeburg's auch auf seine Stellung zu Brandenburg, und nachdem 1658 von Rath und Bürgerschaft diesem ihrem künftigen Landesherrn die von demselben beanspruchte wirkliche Huldigung entschieden verweigert worden war, versuchte von hier ab die noch nicht lange aus ihren Trümmern wiedererstandene Stadt in ihrem beharrlich aufrecht erhaltenen Streben nach Unabhängigkeit sowohl dem Kurfürsten wie dem Administrator, also dem noch faktischen, wie dem zukünftigen Herrscher gleich energisch und unbeugsam jede Botmäßigkeit zu verweigern.

Der Blick der städtischen Behörden war bei diesem kühnen Unterfangen nach dem damaligen deutschen Kaisersitz, nach Wien gerichtet. Auch zeigte man sich dort bei dem Mißtrauen, welches das kräftige Erstarken Brandenburgs am Kaiserhofe zu erwecken begann, durchaus nicht abgeneigt, das Widerstreben derselben gegen die brandenburgische Besitzergreifung so weit nur immer möglich zu unterstützen. Zunächst beeilte man sich in Wien, die Sache in das dort stets bewährte gewöhnliche Verschleppungsverfahren der dem Kaiser zustehenden Ober- und Endentscheidung überzuleiten, und wer weiß, was der Ausgang davon gewesen sein möchte, wenn Kurfürst Friedrich Wilhelm nicht schließlich mit raschem Entschluß das Netz, in das man ihn einzuspinnen versuchte, zerrissen und sich selber zu seinem Rechte verholfen hätte.

Ganz in der Stille wurden von ihm 15,000 Mann Truppen zusammengezogen und am 19. Mai 1666 sah sich die auf eine Belagerung völlig unvorbereitete Stadt von dieser Heeresmacht eingeschlossen. Schon am nächsten Tage erfolgte denn auch deren Zustimmung zu einem Vertrage, nach welchem sie ohne Verzug sowohl dem Kurfürsten, wie dem hierbei mit ihm in Uebereinstimmung handelnden Administrator die diesem letzteren nun schon seit 38 Jahren verweigerte Huldigung leisten mußte und überdies gezwungen wurde, fortan ein brandenburgisches Regiment als Besatzung einzunehmen.

In Wien schien man diese Selbsthilfe anfänglich sehr übel vermerken zu wollen. Auch versäumten die städtischen Behörden nicht, nachdem sie sich von der ersten Ueberraschung und der

den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Schwarzenberg, nur 1753 auf Dr. Bähr, 1488 auf den Sozialdemokraten Frick, 943 auf den Konservativen Göbel!

— Aus Abgeordnetenkreisen, mit der Chiffre G., also jedenfalls vom Abgeordneten Pastor Gringmuth, erhält das „Liegn. Stadtblatt" eine Zuschrift über die neue Kirchengesetzvorlage, in welcher betont wird, daß selbst Mitglieder, welche dem äußersten rechten Flügel der nationalliberalen Partei angehören, sich mit dem Gesetze nicht ohne sehr bedeutende Amendirungen befreunden zu können erklären. Der Abgeordnete schreibt ferner:

In den früheren Kämpfen, welche der preußische Staat mit Rom in diesem Jahrhundert gehabt hat, ist die Kurie zuletzt thatsächlich doch immer Sieger geblieben, weil die Regierung im Verwaltungswege ohne besonderen Rückhalt im Volke den ihr vom päpstlichen Stuhl aufgedrängten Krieg angenommen und geführt hat. Im Unterschiede von dieser früheren Lage betrat die Staatsregierung diesmal den Weg der Gesetzgebung und machte so die Landesvertretung für den weiteren Fortgang des Konflikts mit verantwortlich. Hierin lag die Stärke der Staatsregierung, und es ist erwiesenermaßen das Verdienst des Ministers Falk gewesen, vom Verwaltungswege auf den der Gesetzgebung den Kampf hinübergeführt zu haben. Auch wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß der Sieg der Regierung schon sehr nahe war, und daß erst die von ihr in der Zoll- und Steuerpolitik bei der von ihr gewünschten Freundschaft der Klerikalen eingeschlagene andere Haltung seit etwa zwei Jahren dem Ultramontanismus einen neuen Aufschwung gegeben hat. Seitdem hat die Situation sich wieder geändert, aber es ist doch sehr bedenklich, wieder auf den Verwaltungsweg, wie einst im kölner und posen-gnesener Erzbischofsstreit geschehen ist, den Kampf zwischen dem Staat und dem päpstlichen Stuhl zu versetzen. Die Zentrumsfraktion hat vom Reichskanzler im Reichstage einer freundlichen Behandlung sich nicht zu erfreuen gehabt, und wohlunterrichtete Quellen sind der Ansicht, die neue Kirchengesetzvorlage sei nur als Mittel vom Fürsten Bismarck eingebracht worden, um das Zentrum als politische Macht zu vernichten, weil, wenn dasselbe mit Ablehnung des Gesetzes seine Abneigung gegen einen ehrlichen Frieden kundgäbe, dann das friedensbedürftige Volk von seinen Führern abfallen werde. Es ist nur hiergegen zu bedenken zu geben, daß bei der Ungebildetheit der Massen es nicht so leicht ist, die ultramontan geschulte Menge andere Ansichten gewinnen zu lassen, als die klerikalen Führer beabsichtigen. Andere Blätter als klerikale lesen die ultramontanen Wahlmänner eben nicht. Und daß ferner die Zentrumsfraktion nicht entmuthigt ist, kann man aus der am 14. d. M. bei einer großen Versammlung in Köln gehaltenen Rede des Abg. Dr. Röckerath entnehmen, aus welcher der Passus laut bejubelt wurde: „Bismarck hat auf dem Wege nach Canossa den ersten Schritt gethan, er wird auch den zweiten thun, und dann wird sein Nachfolger den weiteren Weg schon finden." — Es ist vor der Hand noch sehr fraglich, wie im Abgeordnetenhause das Zentrum gegenüber der Vorlage sich verhalten wird. Für die liberale Partei kann die Sache dadurch sehr schwierig werden, daß sich möglicherweise eine ganz ähnliche Lage in diesen kirchlichen Fragen im Landtage entwickelt, wie im Reichstage durch die Elbschifffahrts- und Zollfrage geschehen ist, d. h. daß Falk in eine eben so offene Opposition gegen den Ministerpräsidenten gedrängt wird, wie dies mit Delbrück geschehen ist. Daß damit der Regierung neue Schwierigkeiten bereitet werden, kann nur Derjenige läugnen, der nicht daran glauben will, daß Falk doch der Mann der Sympathien von neun Zehntheilen der Protestanten Deutschlands ist, wie sehr auch die klerikale Presse der verschiedenen Konfessionen seinen Werth herabzusetzen fortwährend sich bemüht. — Was die Gesetzesvorlage ihrem Inhalt und ihrer ganzen Fassung nach selbst anlangt, so ist charakteristisch dafür, daß sie keinem Ministerialkommissar aus dem Kultusministerium — (Windthorst nannte das Kollegium einst den Falk'schen Generalstab) — zugeschrieben wird, sondern die Hauptpunkte alle ihre Redaktion vom Reichskanzler selbst erhalten haben sollen."

— Die „Magdeburger Zeitung" bestätigt, Fürst Bismarck solle besonders an den §§ 1, 4 und 10 der kirchenpolitischen Vorlage festhalten, im Uebrigen aber Amendements nicht völlig von der Hand weisen wollen. Der Kanzler hat außer mit Herrn von Rauchhaupt auch mit einigen nationalliberalen Führern konferirt. Der § 4 (der von der Rückberufung der Bischöfe handelt) dürfte, meint das Blatt, besonders hohe Protektoren haben. — Die „Nat.-Zeitung" schreibt:

Fürst Bismarck hat in den letzten Tagen mit einer ganzen Reihe von hervorragenden Abgeordneten, und zwar mit jedem einzeln, vertrauliche Besprechungen gehabt. Ueber den Inhalt derselben dringt als das Bestimmteste das in die Oeffentlichkeit, daß er auf die Durchberathung des Gesetzes den größten Werth legt. Eine Klausel einzufügen, welche die Gültigkeitsdauer auf kurze Zeit — etwa ein Jahr — beschränkt, ist er bereit. Eine Angabe der „Germania", wonach der Reichskanzler im Uebrigen die unveränderte Annahme des Gesetzes fordert, mag etwas über das Ziel hinausschießen, aber richtig ist, daß er gerade auf der Beibehaltung derjenigen Bestimmungen besteht, welche in der liberalen Partei das schwerste Bedenken erregen.

— Der Reichskanzler ist — so berichtet die „B. Ztg." — anhaltend bemüht, die hinsichtlich der Kirchenvorlage in parlamentarischen Kreisen herrschende Stimmung kennen zu lernen; er hat die fünf Nationalliberalen Bennigsen, Miquel, v. Sybel, Grumbrecht, Gneist und den Konservativen Herrn v. Rauchhaupt bei sich gesehen. Was man über die Anschauungen des Kanzlers erfährt, geht dahin, daß derselbe sein letztes Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen hat. Auf die Andeutung, die Regierung möge, nachdem die Kurie gesprochen, die Vorlage zurückziehen, hat der Reichskanzler mit einem entschiedenen Nein erwidert und keine Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung gerade auf die Beibehaltung derjenigen Bestimmung, die fast bei allen Fraktionen auf den lebhaftesten Widerspruch stößt, nämlich die Rückberufung der Bischöfe, den allerentschiedensten Werth legt, während der Kanzler einer Amendirung in gewissen Punkten des Gesetzes keine Bedenken entgegenstellt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist es, daß man in der gestrigen Fraktionssitzung der Freikonservativen zu keiner Einigung über das Gesetz kommen konnte. Auch dort ist eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern für die pure Ablehnung, während ein anderer Theil den Standpunkt der Amendirung vertritt; in den Debatten wurde vielfach betont, daß man solch weitgehende Vollmachten, wie sie die Vorlage verlange, keiner Regierung in die Hände geben könne. Nur die Konservativen stellten sich unumwunden auf den Standpunkt der Vorlage, sie halten, wie sie sich ausdrücken, die Annahme der Vorlage, „im höheren politischen Interesse" für geboten. Das Zentrum steht all' diesen Vorgängen abwartend gegenüber, in seinen Kreisen würde eine event. Zurückziehung der Vorlage am allerliebsten gesehen werden, da man so aus aller Verlegenheit herauskommen würde. Die 21er Kommission wird event. zusammengesetzt sein aus 6 Konservativen, je 5 Nationalliberalen und Zentrum, 3 Freikonservativen und 2 Fortschritt.

— Das „Dresdner Journal", das amtliche Organ der sächsischen Regierung, spricht sich sehr befriedigt über die kirchenpolitische Vorlage aus. Sie sei ein Schritt zur Versöhnung in einem Streit, von welchem nur der revolutionäre und atheistische Geist des Jahrhunderts Vortheil gezogen habe. Sie habe aber, selbst wenn es jetzt in Folge der Haltung der Kurie nicht zur Versöhnung komme, noch eine andere Bedeutung. Es schließe, indem man zu dem System der österreichischen Kirchengesetze übergehe, einen zweckmäßigen Wechsel der Kampfmittel in sich. Gegen die Falk'schen Gesetze hätten sich folgende Bedenken herausgestellt:

Der richterliche Beamte hat vor Allem die Autorität des Gesetzes in seiner vollen Strenge zu wahren und, wo derselben entgegengehandelt wird, da hat er die vom Gesetze hierfür geordnete Strafe auszusprechen, ohne Ansehen der Person und ohne andere Rücksichtnahme, als die ihm vom Gesetz selbst vorgezeichnete. Ob etwa das kirchliche Leben einer durch seinen Richterspruch des Oberhirten beraubten Diözese in heillose Verwirrung gebracht wird, ob infolge dessen gläubige Christengemeinden der seelsorgerischen Fürsorge entbehren müssen, ob die Herzen der Einen mit Mißtrauen und Zweifel gegen die kirchliche, die der Andern mit Haß und Bitterkeit gegen die staatliche Autorität erfüllt werden, solche und andere Erwägungen können und dürfen den Richter nicht hindern, das Gesetz in voller Schärfe zur Anwendung zu bringen.

Nach dieser im Munde eines Offiziösen befremdlich klingenden Kritik der noch geltenden Gesetzgebung eines befreundeten Staates wird folgender Trost gespendet:

Die preußische Regierung ist weit davon entfernt, einen prinzipiellen Rückschritt zu machen oder den Weg nach Canossa einzuschlagen, sie hält die Grundsätze, die in den Maigesetzen ausgesprochen sind, allenthalben aufrecht, aber sie will ihre Durchführung nicht mehr den Händen des unbeugsamen Richteramtes überlassen, sondern selbst in die Hände nehmen. „Fortiter in re, suaviter in modo", das ist die Devise für die neueste Phase des sogenannten „Kulturkampfes" in Preußen, und es ist wohl möglich, daß dieser Systemwechsel dazu dient, den unseligen Streit zum friedlichen Ausgange zu führen.

Die bekannten Personalverhältnisse am sächsischen Hofe dürften derartige von dort aus inspirirte Rathschläge zum „Frieden mit Rom" für die öffentliche Meinung ganz besonders wirkungslos machen.

— [Bundesrath. Seehandlung. Eisenbahnen.] Offiziös wird geschrieben: Der Bundesrath hält jetzt seine Plenarsitzungen in rascher Aufeinanderfolge. Nachdem solche am Sonnabend und am Dienstag stattgefunden, ist bereits wieder eine Sitzung auf Donnerstag anberaumt worden. Auf die Tagesordnung sind gesetzt die erste Berathung der Entwürfe von Dienstvorschriften, betreffend die Besteuerung des Tabaks, und von Regulativen, betreffend die Niederlagen für unversteuerten inländischen Tabak und die Kreditirung der Tabakgewichtsteuer; ferner der Antrag der bezüglichen Ausschüsse, betreffend die Aenderung der §§ 48 und 50 des Eisenbahn-Betriebsreglements, endlich der mündliche Bericht des Ausschusses für Rechnungswesen über den Bericht der Reichsschuldenkommission. — Dem Bundesrath sind durch den Reichskanzler die von dem preußischen bezw. bairischen Kriegsministerium aufgestellten Uebersichten der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts im Reichsgebliet für das Jahr 1879 vorgelegt worden. E wurden in den Listen geführt in den Bezirken des 1. bis 15. Armeecorps 1,135,292, in den Bezirken der beiden bairischen Armeecorps 103,368 Mann. Davon sind als unermittelt in den Restantenlisten geführt je 33,062 und 3549, ohne Entschuldigung ausgeblieben 95,260 und 3732, zurückgestellt 430,357 und 29,846, ausgehoben 114,529 und 17,059, freiwillig eingetreten 16,515 und 1611. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden verurtheilt 12,780 und 190 Mann; aus demselben Grunde noch in Untersuchung befanden sich 11,860 und 442 Mann. — Mit dem heutigen Tage übernimmt der zum Direktor der Domänen-Abtheilung im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten ernannte Geh. Oberfinanzrath Rötger interimistisch die Leitung der Geschäfte der Seehandlung. Wenn einzelne Zeitungen bereits den muthmaßlichen Nachfolger des verstorbenen Präsidenten v. Bitter bezeichnen, so muß, abgesehen davon, daß diese Namen wohl nicht als Kandidaten genannt werden können, erklärt werden, daß, wie es in der Natur die Sache liegt, über die Wiederbesetzung der Stelle noch nicht die geringste Verhandlung stattgefunden hat. — Die im Reichs-Eisenbahnamte aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse auf den Eisenbahnen Deutschlands im Monat April ergiebt für die 83 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahrs im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, nachstehende Daten. Die Einnahme aus allen Verkehrszweigen war bei 44 Bahnen höher, bei 39 Bahnen geringer als in demselben Monat des Vorjahrs; die Einnahme vom 1. Januar bis Ende April d. J. bei 72 Bahnen höher und bei 11 Bahnen geringer als in demselben Zeitraum des Vorjahrs.

— Die „Germania" schreibt: „Der katholische Regierungs-Schulrath Dr. Esser ist, wie der „Köln. Volkszeitung" aus Wiesbaden mitgetheilt wird, vom 1. Juni ab in das Kultusministerium berufen worden und wird ein Dezernat für das Elementarschulwesen bearbeiten. Es ist dies insofern er-

---

unmittelbaren Schrecken nur erst einigermaßen erholt hatten, dort über die gegen sie verübte Gewaltthat und in ihnen verletzte Reichsfreiheit die bittersten Klagen zu erheben. Der gefahrvolle Türkenkrieg, in welchen sich gerade damals Oesterreich verwickelt befand, gestattete dem Kaiser jedoch nicht, seiner Empfindlichkeit eine thatsächliche Folge zu geben, und das ebenso geschickte, wie in den dazu geeigneten Fällen durchgreifende Verhalten des von Friedrich Wilhelm über Magdeburg zum Gouverneur eingesetzten Herzogs August von Holstein führte dort allmählich dahin, daß sich der Sitz der entschiedenen Opposition gegen Brandenburg mehr und mehr auf die seit Alters im Stadtregiment vertretenen Familien beschränkte, während die durch mannigfache Vergünstigungen gewonnene Bürgerschaft sich immer entschiedener einer Aussöhnung mit den neuen Zuständen zuneigte.

Noch 1675 soll jedoch von Magdeburg aus ein Versuch gemacht worden sein, den Schweden über den Anmarsch des großen Kurfürsten zum Ueberfall von Rathenow und der Schlacht bei Fehrbellin eine noch rechtzeitige Kenntniß zugehen zu lassen. Geschichtlich verbürgt ist, daß bei dieser Gelegenheit unmittelbar mit dem Eintreffen des Kurfürsten in der Stadt alle Thore derselben geschlossen und wahrscheinlich doch zur Verhinderung eines Verraths streng bewacht gehalten wurden. Auch äußerte sich die Opposition noch darin, daß die in Anlaß der vorgenannten Schlacht in den gesammten brandenburgischen Landen angeordnete Siegesfeier, wie alle die in den nächstfolgenden Jahren stattgehabenden ähnlichen gottesdienstlichen Handlungen in der Altstadt Magdeburg nicht mit gefeiert wurden. Ueberhaupt aber hatte sich hier vom Anfang des Konflikts an die lutherische Geistlichkeit dem reformirten brandenburgischen Kurhause besonders abgeneigt erwiesen. Von einem offenen Widerstreben des Raths gegen die kurfürstlichen Verfügungen findet sich hingegen schon etwa von 1672 ab in den Annalen der Stadt kein Fall mehr verzeichnet. Die Neustadt Magdeburgs und die andere seit Alters von der Altstadt streng geschiedenen und derselben — wieder eine der charakteristischen, jetzt kaum noch begreiflichen Erscheinungen der Zeit — beinahe unausgesetzt erbittert feindlich gesinnten Vororte Magdeburgs konnten hingegen damals bereits als der brandenburgischen Sache völlig ergeben angesehen werden.

Am 4. Juni 1680 erfolgte nach 52jähriger Regierung der Tod des Administrators August, und begründet sich darauf, daß mit diesem Todesfall die Stadt in den uneingeschränkten Anschluß an Brandenburg übertrat, die auf denselben Tag des gegenwärtigen Jahres angesetzte Säkularfeier. Die thatsächlich nunmehr dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm als alleinigem Landesherrn zu leistende Huldigung verzögerte sich jedoch der Pest wegen, die von ringsum Magdeburg bedrohte, noch bis zum 30. Mai 1681. Das Verhältniß der Stadt zu dem Administrator war bis zum Tode desselben ein ohne jede Unterbrechung entschieden abgeneigtes geblieben, und die Opposition gegen dessen Regierungshandlungen hatte in dem Maße, als die Herrschaft Brandenburgs sich in Magdeburg fester begründete, dort eher noch eine verschärfte Erbitterung erfahren.

Am 28. Mai 1681 hielt der Kurfürst Friedrich Wilhelm in Begleitung seiner Gemahlin Dorothea und eines großen Hofstaats, wie seiner Garden und Leibregimenter seinen festlichen Einzug in Magdeburg. Jeder Mißklang zeigte sich dabei ausgeglichen, Rath und Bürgerschaft wetteiferten, dem nunmehr endgiltig in die 32 Jahre lang verzögerte Besitzergreifung der Stadt und des Erzstifts eingetretenen ruhmgekrönten neuen Landesherrn die gleiche Zustimmung und Verehrung zu erweisen. Die Stadt spendete demselben als Huldigungsgeschenk zwei massiv silberne Leuchter im Werthe von 1132, und seiner Gemahlin eine massiv silberne Tischplatte im Werthe von 580 Thaler. Feste drängten sich auf Feste, und am 30. Mai wurde auf dem Altmarkte dem neuen Herrscher im Angesicht der bereits im frühen Mittelalter dort aufgerichteten Statue Kaiser Otto's des Großen, des Begründers der alten Stadt und nächst seinem Vater Heinrich, dem Städteerbauer, zugleich des Begründers der einstigen Größe und Herrlichkeit des alten deutschen Reichs, von Stadt und Land die feierliche Huldigung geleistet.

Die selbstständige Geschichte Magdeburgs erweist sich mit diesem Huldigungsakt abgeschlossen. Ein schreckliches Ereigniß sollte jedoch gleichsam den Schlußakt dieses mehr als achthundertjährigen, fast durchweg ruhmvollen Geschichtsabschnittes bezeichnen. So arg die Pest in den anstoßenden Ländern gewüthet hatte, war Magdeburg, Dank den getroffenen, weisen Vorsichtsmaßregeln, bisher doch von derselben verschont geblieben. Auch glaubte man dieselbe bereits als erloschen annehmen zu können. Noch während der Huldigungsfeierlichkeit aber zeigten sich in der Stadt die ersten Erkrankungsfälle von derselben, und erreichte dort die furchtbare Krankheit in den nächsten Monaten eine Ausdehnung und Bösartigkeit, wie ein gleicher Fall seit 1348, dem schrecklichsten Pestjahr des schwarzen Todes, in Deutschland nicht mehr erhört worden war. Mehr als ein volles Drittel der damaligen Bevölkerung der Stadt, weit über 3000 Personen, wurden ein Opfer derselben, und die Bevölkerungsziffer, welche 1678 gegen 9000 Einwohner ausgewiesen hatte (vor 1631 nahezu 40,000) sank in dem Maße, daß dieselbe selbst noch zwei Jahre später bei der Zählung von 1683 nur 5155 Seelen aufwies. 133 Häuser, deren Bewohner 1681 sämmtlich ausgestorben waren, standen damals noch gänzlich unbewohnt und überdies zeigte sich der Wohlstand der noch übrig gebliebenen Bevölkerung durch die lange Unterbrechung jedes Handels und Verkehrs so tief geschädigt, daß ein Wiederaufschwung kaum abgesehen zu werden vermochte.

Die Zeit hat auch hier ihren wohlthätigen Einfluß geltend gemacht. Das Gedächtniß jenes schrecklichen Pestjahres findet sich allein noch in der Geschichte der Stadt erhalten. Die Wunden, welche die beiden Schreckensjahre 1531 und 1681 dem alten Magdeburg geschlagen haben, sind längst verharrscht, und nur der altehrwürdige Dom mahnt in dem kräftigen Emporblühen des neuen städtischen Gemeinwesens noch an jene ferne, der Gegenwart fast unverständliche Zeit, wo die Bürger Magdeburgs so oft unter dem Banner des heiligen Moritz, des Schutzpatrons des Erzstifts, ausgezogen sind, um für die Reichsfreiheit und die Unabhängigkeit ihrer Stadt den inneren und äußeren Feinden derselben die Stirn zu bieten, oder für die Kanzlei des lieben Gottes, wie in der Reformationszeit Magdeburg der Name beigelegt worden war, Hab und Gut, Leben und Blut als Kampfpreis einzusetzen. Die Aufgaben sind mit der Wandlung der Zeiten andere, größere geworden. Die Städte, die Landschaften sind in den Staat, dieser wieder ist in das neu erstandene deutsche Reich aufgegangen. Das was das brandenburgisch-preußische Staatswesen aber groß gemacht, was demselben gegenüber all' dem zu Eingang erwähnten anfänglichen Widerstreben eine so wunderbare Aneignungskraft verliehen hat, ist allezeit der nationale Gedanke gewesen. Möge die Vertretung der wahrhaft deutsch-nationalen Idee, wie dem preußischen Staat, so auch dem jetzt aus ihm erwachsenen deutschen Reich für immer erhalten bleiben! („B. Ztg.")

freulich, als bisher zwei protestantischen Räthen diese Geschäfte oblagen."

— Der Unparteilichkeit halber sei hier folgende Privatdepesche mitgetheilt, welche die „N. A. Z." aus Hamburg erhalten hat:

Gestern Abend konstituirte sich im Sagebiel'schen Saale, in Anwesenheit von etwa 500 privatim eingeladenen Bürgern, der Verein der hamburgischen Zollanschlußpartei und fanden folgende Resolutionen einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erklärt unter dem Eindruck des beschlossenen Eintritts Altonas in das nationale Zoll- und Handelsgebiet:

1. Die wirthschaftliche Scheidung der beiden Nachbarstädte Hamburg und Altona muß zu den schroffsten Gegensätzen führen, deren Beseitigung nicht nur im hamburgischen und preußischen, sondern im gemeinsamen deutschen Interesse geboten erscheint.

2. Die Versammlung bedauert, daß die hamburgischen Staatsgewalten und Behörden seit dreizehn Jahren jede Gelegenheit vorübergehen ließen, um die Maßnahmen der auch in Beziehung auf Hamburg gebotenen Durchführung des Artikels 33 der Reichsverfassung, welcher das Prinzip der deutschen Zoll- und Handelseinheit verkündet, zu ventiliren. Die gegenwärtige Lage ist die Folge einer Sonderpolitik, welche nicht davor zurückschreckte, den im Jahre 1872 eingebrachten Antrag über eine Enquete, betreffs der Zollanschlußsache, undiskutirt von der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzungen, ungeachtet der ertheilten Verheißungen, verschwinden zu lassen.

3. Die Versammlung erklärt es für die Pflicht eines jeden hamburgischen Bürgers und Wählers, die Frage der Begrenzung des Freihafens auf das dafür erforderliche Gebiet ferner nicht unerledigt dahin schleichen zu lassen, es muß vielmehr ein definitiver Abschluß herbeigeführt werden, damit die Bevölkerung betreffs ihrer wichtigsten materiellen Interessen endlich dauernd Ruhe erlange, damit Handel, Verkehr und Arbeit sich auf geordneter Grundlage bei uns einrichten und daß sie die Frucht ihrer Mühen voll und ganz genießen könne, da die herrschenden Zustände diese berechtigten Aufprüche nicht zu erfüllen im Stande sind.

4. Die Versammlung beauftragt das provisorische Komité: sich durch Kooptation zu verstärken, die erforderlichen Schritte bei den Reichs- und hamburgischen Staatsbehörden vorzubereiten und einer weiteren, innerhalb drei Wochen einzuberufenden Versammlung Bericht über die gesammte Lage zu erstatten."

— Die Angelegenheit der deutschen Schiffskapitäne, welche wegen Uebertretung der amerikanischen Bestimmungen für Personenbeförderung auf Schiffen mit den Auswanderer-Behörden in New-York in Konflikt gerathen, erscheint nach den Berichten amerikanischer Zeitungen keineswegs in dem bedenklichen Lichte, in welchem die sensationell zugestutzte Depesche des „Times"-Korrespondenten in Philadelphia vom 13. d. sie gestellt hatte. Da die Sache ein allgemeines Interesse in Anspruch nimmt und auf Grund jenes Telegramms des londoner Blattes mancherlei gehässige Kommentare über die deutsche Rhederei in Umlauf gesetzt worden sind, bringen wir den Bericht der „New-Yorker Staatszeitung" vom 13. d. über die erwähnten Vorgänge nachstehend zum Abdruck. Das genannte Blatt schreibt:

Die beträchtliche Einwanderung der letzten Monate hat die Aufmerksamkeit des Bundeskommissärs Shields auf die Bestimmungen der revidirten Statuten gelenkt, welche vorschreiben, daß Passagierschiffe für jeden einzelnen erwachsenen Passagier einen Raum von 14 Quadratfuß bei 7½ Fuß Deckenhöhe haben müssen. Der Herr Kommissär glaubte annehmen zu müssen, daß eine große Anzahl von Dampfern diese Verordnungen, die zum Wohle der Einwanderer erlassen wurden, in flagranter Weise verletzten. Er schickte daher den Passagierschiffs-Inspektor Gaines an Bord des kürzlich angelangten deutschen Dampfers „Main"; derselbe nahm eine oberflächliche Messung des Inhalts des Dampfers vor und kam zu dem Schlusse, daß der Dampfer statt der thatsächlich beförderten 671 Passagiere nur 601 hätte befördern dürfen. Die Folge war, daß Bundeskommissär Shields einen Verhaftsbefehl gegen den Kapitän des Dampfers, Herrn Julius Barre, erließ. Herr Schwab, der Repräsentant der Dampfergesellschaft, erklärte dem Kommissär, daß die Messungen in Abwesenheit des Kapitäns vorgenommen worden und jedenfalls unrichtig seien. Er ersuche daher, den Kapitän einstweilen auf Ehrenwort zu entlassen und eine zweite sorgfältige Messung der Schiffsräume vornehmen zu lassen. Der Bundeskommissär kam beiden Verlangen nach. Einem unserer Berichterstatter theilte gestern Herr Gaines mit, daß das hier einschlagende Gesetz, trotz verschiedener Amendements, doch noch so lückenhaft sei, daß es noch nicht gelungen, aus den durch ihn zur Anzeige gekommenen 500 Fällen auch nur eine einzige Verurtheilung zu erzielen. Die zweite Vermessung habe übrigens ein günstigeres Resultat, als die erste, ergeben; auch sei der Fall des Dampfers „Main" einer der mildesten, der ihm je vorgekommen sei. Kapitän Barre machte geltend, daß er einen Theil der Zwischendecks-Passagiere in der zweiten Kajüte, und Passagiere der zweiten Kajüte in erster Kajüte untergebracht habe. Herr Schwab, der Vertreter der Firma Oelrichs u. Co., gab an, wenn auch zugegeben werden müsse, daß nach den amerikanischen Gesetzen der Raum im Zwischendeck etwas beschränkt gewesen sei, so sei doch der Gesammtraum des Schiffes ganz im Einklang mit den hiesigen Verordnungen. Uebrigens sei es noch sehr zweifelhaft, ob in dem Fall eines deutschen Schiffes die deutschen Gesetze, welche bedeutend weniger Raum vorschreiben, oder die amerikanischen Platz griffen. Jedenfalls würden die verschiedenen Dampfergesellschaften vereinigt in der Angelegenheit Schritte ergreifen. Die deutschen Gesetze schreiben vor, daß für jeden Zwischendeckspassagier bei einer Höhe des Raumes von 6 Fuß 12 Quadratfuß Raum da sein müssen. Zwei Kinder im Alter von 1—10 Jahren werden für eine Person gezählt. Das betreffende Gesetz sagt übrigens in § 13 Alin. 3 ausdrücklich: Uebrigens wird den Schiffsexpedienten zur Vermeidung etwaiger Nachtheile empfohlen, falls die Gesetze des Bestimmungsortes einen größeren Raum vorschreiben, diese zu befolgen. Die Gehülfsbundesmarschälle haben übrigens wegen angeblicher Uebertretung des oben erwähnten Paragraphen der revidirten Statuten Verhaftsbefehle gegen folgende Schiffskapitäne in Händen: Kapitän Franzen, Dampfer „Suevia"; Kapitän Tatt, Dampfer „Amsterdam"; Kapitän Reynaber, Dampfer „Mosel": Kapitän Topper, Dampfer „Vicking"; Kapitän Gleadell, Dampfer „Celtic"; Kapitän Franke, Dampfer „Rhein"; Kapitän Helmers, Dampfer „Baltimore"; Kapitän Hunbeck, Dampfer „Hohenstauffen"; Kapitän Young, Dampfer „Devonia"; Kapitän Meyer, Dampfer „Ohio"; Kapitän Jackson, Dampfer „Belgenland"; Kapitän Markwell, Dampfer „Hevelius"; Kapitän Leitch, Dampfer „City of Richmond" und Kapitän Brandt, Dampfer „Herder".

In dieser Angelegenheit hat der deutsche General-Konsul gestern sowohl an den Kommissär Shields als auch an die Dampfbootinspektoren Schreiben gerichtet, in welchem er sich darüber beschwerte, daß Artikel 12 der Konsular-Konvention nicht befolgt sei. Dieser Artikel besagt, daß bei Untersuchungen und Vermessungen von Handelsschiffen, sowie bei Gerichtsverhandlungen wegen Schiffen oder Schiffsleuten die Konsuln zuvor rechtzeitig benachrichtigt werden sollen.

— Der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege wird diesmal sich in Hamburg versammeln vom 12. bis 16. September. Die mittleren drei Tage sind den Verhandlungen gewidmet, welche stattfinden sollen über hygienische Anforderungen an Schlafherbergen (Referenten Dr. Goltdammer aus Berlin und Stadtrath Hendel aus Dresden), Konservirung von Nahrungsmitteln (Dr. Reber und Dr. Renk aus München), Schiffs-Hygiene (Physikus Dr Reincke), Heizung und Lüftung (Ingenieur Rietschel und Generalarzt Dr. Roth aus Dresden). Vom 13. September an soll jeden Tag eine unterirdische Fahrt durch die Siele stattfinden, für je 40 Theilnehmer. Eine Fahrt nach Helgoland zum Abschluß fehlt natürlich auch nicht.

— Die dritte Konferenz für Idioten-Heilpflege wird vom 13. bis 15. September d. J. in Stuttgart abgehalten werden. Der 16. September ist für den Besuch der Anstalt zu Stetten, der 17. September für eine Tour nach der Anstalt zu Mariaberg in Aussicht genommen. Von längeren Vorträgen ist, wie bei den früheren Konferenzen, Abstand genommen. Dagegen wird gebeten, die Thesen, die man zur Diskussion stellen möchte, Wünsche in Betreff zu besprechender Gegenstände u. s. w., bis zum 15. Juni d. J. an den Direktor Dr. Sengelmann, Alsterdorf bei Hamburg, gelangen zu lassen.

— Betreffs des Entlassungs-Gesuchs des Leiters der würtembergischen Verkehrsanstalten Herrn v. Dillenius, das bereits in hämischer Weise auf preußischen Ursprung zurückgeführt wurde, theilt das Stuttgarter „Neue Tagblatt" mit, die Frage der Reichseisenbahnen sei nicht im Spiele. Eine Neuorganisation der Verwaltung der Verkehrsanstalten im konstitutionellen Sinne sei geplant. Bisher habe Dillenius die faktische Leitung, Mittnacht die Verantwortung gehabt. Ein Staatssekretariat der Verkehrsanstalten mit eigener Verantwortlichkeit war Dillenius angetragen, wurde aber von ihm ausgeschlagen.

— Wie die „V. Z." hört, wird Seitens der Fortschrittspartei Alles aufgeboten werden, um den Abg. Richter zu bestimmen, seinen Entschluß, das Landtagsmandat niederzulegen, wieder zurückzunehmen.

Kassel. Dieser Tage hat die nationalliberale Partei auch in Kassel einen Wahlkreis, den sie bisher unangefochten besessen, an die Fortschrittspartei verloren. Der Kandidat dieser Partei hat 6627 Stimmen erhalten, die er dem früheren nationalliberalen Abgeordneten Dr. Baehr abgenommen hat. Die Stimmenzahl des Letzteren ist von 7329 bei der letzten Wahl auf 1629 heruntergegangen. Die Anstrengungen, welche Fürst Bismarck seit zwei Jahren gemacht hat, die gemäßigte Partei, auf welche er sich so lange gestützt hatte, zu zerreiben, müssen natürlich den extremen Elementen nicht allein auf der Rechten, sondern auch auf der Linken zu Statten kommen. Der konservative Hauch, den man so lange gerühmt hat, verliert sichtlich an Kraft. Noch vor einem Jahre wurde Hessen als diejenige preußische Provinz bezeichnet, in welcher dieser Hauch sich am fühlbarsten machen sollte, und jetzt wählt diese Provinz zum ersten Male einen Fortschrittsmann. Die nationalliberale Partei wird diesen Wink beherzigen müssen, um sich nicht in der kirchenpolitischen Frage zu Schritten mitreißen zu lassen, die sie in ihrem Gewissen mißbilligt. (N. Z.)

○ **Aus Süddeutschland.** Während in Norddeutschland die liberale Presse dem Puttkamer'schen „Mai"-Gesetzentwurf mit der kühlen Zurückhaltung gegenübergetreten ist, welche eine rein sachliche Kritik unter allen Umständen auferlegt, haben unter den größeren Blättern Süddeutschlands, soweit sie sich zur liberalen Richtung zählen, die meisten von vornherein, ehe ihnen nur die Möglichkeit eines allseitigen Studiums der Materie gegeben war, mit einer gewissen Heftigkeit für die Vorlage Partei ergriffen. Und sie sind dabei nicht stehen geblieben; sie beanspruchen, dem preußischen Abgeordnetenhause Direktiven zu geben, die einen, indem sie von hohem Katheder herab die preußischen Nationalliberalen über das politisch Nothwendige belehren, die anderen, indem sie unter Antezipation einer oppositionellen Haltung derselben im voraus die volle Schale ihres Zornes über die Kurzsichtigkeit dieses Pygmäengeschlechtes ausgießen. Diese Erscheinung ist nicht mehr neu. Man betrachtet als den verantwortlichen Vater des Gesetzentwurfs natürlich nicht Herrn v. Puttkamer, sondern den Fürsten Bismarck, und jede Vorlage, welche der Letztere einbringt, wird von der in Rede stehenden Presse nicht allein sofort gutgeheißen, sondern dieselbe hat auch gleich Drohungen für Diejenigen zur Hand, welche etwa eine andere Meinung wagen sollten. Zu welchen Folgen diese Politik des sacrificio dell' intelletto in der öffentlichen Meinung schließlich führen muß, davon hat der von der Volkspartei im 6. württembergischen Wahlkreise soeben errungene Sieg ein recht beachtenswerthes Beispiel geliefert. Dies indeß nur nebenbei. Wie gesagt, wir sind jenes Verfahren längst gewohnt und wundern uns nicht mehr darüber. Einigermaßen auffallend ist uns aber gewesen, wie man auch die konstitutionellen Bedenken, welche von norddeutschen Blättern gegen die Puttkamersche Vorlage erhoben wurden, sofort mit der Keule todtzuschlagen versuchte. Gerade in Süddeutschland, wo man von der Höhe konstitutioneller Staatsverfassung herab auf das absolutistische Preußen so lange mit Stolz und Mitleid herabgesehen, in Süddeutschland, wo man sich die konstitutionellen Rechte theilweise, wie namentlich in Württemberg, unter schweren Kämpfen errungen hat, — gerade hier sollte man doch wahrlich einiges Verständniß dafür erwarten dürfen, daß die preußischen Liberalen einem Gesetzentwurf, der zu den Grundlagen des konstitutionellen Staatsrechts in Gegensatz tritt, unmöglich von vornherein mit freudiger Bereitwilligkeit entgegenkommen können. Und wir dürfen versichern, in allen umsichtigen und ruhig urtheilenden Kreisen fehlt es auch nicht an solchem Verständnisse. Man begreift, daß der preußische Landtag, daß namentlich die preußischen Liberalen hier vor einer Gewissensfrage von eminentester Bedeutung stehen, und man findet es mehr als unbescheiden, wenn süddeutsche Blätter, die ihrerseits jedes leiseste Dreinreden der norddeutschen Presse in bairische, württembergische, badische Angelegenheiten mit Entrüstung zurückzuweisen pflegen, hier dem preußischen Abgeordnetenhause so hochmüthig Vorschriften machen wollen. — Damit wollen wir aber nicht etwa auf das Recht verzichtet haben, unsere eigene Meinung über die preußische Vorlage auszusprechen. Die Stellung Preußens zur römischen Kurie bedingt die Stellung Deutschlands zu derselben; wir sind also auch in Süddeutschland wahrlich nahe genug daran interessirt, wie der preußische „Kulturkampf" ausgetragen wird. Und da müssen wir denn freilich gestehen, daß die betreffende Vorlage, so wie sie ist, auch uns gar sehr überrascht hat. Wir haben hier zu Lande, wie in allen Fragen der auswärtigen Politik, so auch hinsichtlich der Beziehungen zu Rom, ein unbegrenztes Vertrauen zu Bismarck. Deshalb schien Manchen, daß man ihm, unter Berücksichtigung der außerordentlichen Persönlichkeit einerseits und andererseits der außerordentlichen Lage, eine gewisse diskretionäre Gewalt zum Zwecke der Herbeiführung des Friedens zugestehen könne. Die Puttkamer'sche Vorlage entspricht dem aber keineswegs. Weder ist die Vollmacht auf den Namen Bismarck ausgestellt, noch nimmt der Gesetzentwurf die Herstellung des Friedens als eigentliches Ziel in Aussicht. Allerdings, die diskretionären Befugnisse sind zum großen Theil dem „Staatsministerium" übergeben; aber erstens kann Fürst Bismarck im Staatsministerium überstimmt werden, und dann: wer weiß überhaupt zu sagen, wie lange er noch Präsident oder Mitglied dieses Staatsministeriums sein wird? Eine diskretionäre Gewalt von so großer Tragweite, wie hier, kann man, wenn überhaupt (was wir keineswegs glauben), nur einer bestimmten Person übertragen. Nach dieser Seite hin läßt es der Gesetzentwurf an Allem fehlen. Er ist aber auch nicht klar nach der anderen Seite. Auf den ersten Blick muß man ihn für ein diplomatisches Mittel halten, die Kurie zu größerer Nachgiebigkeit zu bewegen. Nach der offiziellen Motivirung soll er das aber grade nicht, sondern vielmehr bestimmt sein, ohne weitere Rücksicht auf Rom lediglich gewisse unabweisbare Bedürfnisse unseres katholischen Volkes zu befriedigen. Für diesen beschränkten Zweck enthält er offenbar viel zu viel. — Wir können nur wünschen, daß es der nationalliberalen Partei des Abgeordnetenhauses gelingen möge, mehr Klarheit in die Sache zu bringen. Ihr ist im Augenblick die überaus verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, einerseits den Weg zum Frieden nicht zu verlegen, andererseits einen Ausgang zu verhüten, der für die fernere Entwickelung des konstitutionellen Staates gefährlich werden müßte. Sie darf versichert sein, daß alle urtheilsfähigen Liberalen in Süddeutschland sie auf dem dornenvollen Pfade mit Vertrauen begleiten werden.

Oesterreich.

In Pest hat abermals ein Duell halb politischen Charakters stattgefunden. Die Duellanten waren Graf Zichy-Ferraris und Graf Karolyi. Das Duell ist ein blutiges Nachspiel der im vorigen Sommer provozirten Preßskandale, denen zufolge Graf Viktor Zichy-Ferraris das Amt des Staats-Sekretärs und sein Mandat als Abgeordneter niederlegte. Graf Zichy veröffentlichte eine Rehabilitions-Schrift und forderte dann den Grafen Stephan Karolyi, der mit unter Jenen gewesen, welche die Ausschließung Zichy's aus dem National-Kasino beantragt hatten, auf, er möge erklären, ob er Zichy für rehabilitirt erachte. Dieser Brief blieb unbeantwortet; darauf veröffentlichte Graf Zichy im Inseratentheile der pester Journale ein offenes Schreiben an den Grafen Stephan Karolyi, worin er diesem die schwersten Invektiven, so auch den Vorwurf der Feigheit an den Kopf warf, um ihn auf diesem Wege zum Duell zu reizen. Graf Stephan Karolyi antwortete gleichfalls mit einem Inserat, worin nicht er, sondern acht Mitglieder des Kasinos erklärten, sie hätten den Fall untersucht und dahin beurtheilt, Graf Karolyi könne und dürfe sich mit dem Grafen Zichy-Ferraris nicht schlagen. Damit schloß die Diskussion in der Oeffentlichkeit ab. Dieselbe erregte indessen die Aufmerksamkeit des wiener Jockey-Klubs, dessen Mitglied Graf Stephan Karolyi ist, und heißt es nun, der Jockey-Klub habe den Grafen Karolyi mit der Ausschließung bedroht oder dieselbe sogar ausgeführt, wenn beziehungsweise weil er sich mit Zichy nicht schlagen wolle. Dieses Moment soll den Ausschlag gegeben haben; Karolyi nahm das Duell an. Da Graf Stephan Karolyi Mitglied des Oberhauses ist, müßte, falls die Gerichte einschreiten wollten, was aber nach ungarischer Praxis höchst unwahrscheinlich, erst dessen „Immunität" aufgehoben werden. Der Zustand des in dem Zweikampfe verwundeten Grafen Z. ist ein bedenklicher.

Frankreich.

Paris. Die Präsidentenwahl im französischen Senat am Dienstag ist zu Gunsten der Regierung ausgefallen. Die Absicht der Klerikalen und Reaktionäre, durch die Wahl Jules Simons ein Kukuksei in das republikanische Nest zu legen, ist vereitelt; wie es scheint, hat Jules Simon selbst im letzten Augenblick es doch nicht mit seiner Würde vereinbar gehalten, ein Mandat aus den Händen seiner ehemaligen heftigsten Gegner entgegenzunehmen. Es wurden im Ganzen 276 Stimmen abgegeben, darunter 121 unbeschriebene oder ungültige Stimmzettel. Von den abgegebenen gültigen 155 Stimmen erhielt Léon Say 147, Leroyer 4, Pelletan 2, Jules Simon 1, Gavardie 1. Léon Say ist somit gewählt. Ob an seiner Stelle Waddington Botschafter in London wird, ist noch nicht so feststehend, als verschiedentlich angenommen wird.

— [Die französische Presse] ist voll von Verwunderung über Bismarcks Vorlage, betreffend die Maigesetze. Zum ersten Mal, meint das „Journal des Debats", verlange Bismarck, daß ein Gesetz seinem Belieben überlassen werde; die stramme preußische Beamtenwelt werde dadurch peinlich berührt; denn bei Lichte besehen handle es sich darum, das preußische Gesetz, das unbeugsamste Ding von der Welt, der Diplomatie des Fürsten Bismarck zur Verfügung zu stellen; Bismarck wisse, daß wenige Unterhandlungen mit der römischen Kurie aufzuzählen seien, worin diese nicht schließlich den Gegner überwunden hätte; Bismarck wisse das und suche deshalb nach doppelter Rüstung: er wolle die Maigesetze keineswegs aufgeben. Dem Papst sei durch die Ultramontanen seit den letzten Dezennien eine übermäßige Gewalt zugeschanzt worden, hiermit aber auch zugleich die Anmaßung der katholischen Parteien ins Maßlose gestiegen; sie fingen an, dem Papste über den Kopf zu wachsen; ja es wäre ein grober Irrthum, wenn man annehmen wollte, der Papst hätte die politisch fanatisirten ultramontanen Parteien in Deutschland und Frankreich in der Hand, im Gegentheil. Und eben deshalb sei Grund, daß die Regierungen stark seien und den Nacken steif halten. Die „Debats" rufen schließlich Bismarck zu: „Hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen!" Die „Republique Française" meint, wenn

ein modus vivendi auf Grund der neuen Vorlage zu Stande käme, so würde der Kirche zwar das Leben leicht gemacht, aber sie lebe dann ganz von dem guten Willen des Staates. Bismarcks Hauptziel sei vorläufig die Vernichtung des Zentrums, das er entweder zu isoliren und lahm zu legen suche, und das sei das Ziel seiner letzten großen Rede gewesen, oder das er zu entwaffnen suche, und das sei der Zweck seiner neuesten Vorlage. Diese Beurtheilungen bieten eine Einsicht in die immerhin bemerkenswerthen Auffassungen der liberalen Kreise Frankreichs über deutsche Verhältnisse.

Rußland und Polen.

△ **Warschau,** 22. Mai. [Die deutsche Industrie ist den Polen ein Dorn im Auge] und jetzt erst scheinen sie dieselbe zu bemerken, da sie sich ihnen in ihrer ganzen Größe auf der hiesigen Gewebe- (und Gespinnst-) Ausstellung darstellt. Die „Gazeta Polska“ kommt auf diesen Gegenstand zu sprechen und stellt die Frage: „Woher kommt es, daß sich bei uns die Weberei so langsam und in einem so langen Zeitraume entwickelt und jetzt, unter so sehr günstigen Umständen, uns weniger Nutzen bringt, als unsern Nachbarn?“ Das Blatt ertheilt hierauf folgende Antwort: „Diese Frage erhält jetzt eine sehr hohe Bedeutung, da man derzeit bei uns immer mehr das Bedürfniß fühlt, neue Gebiete der Thätigkeit sowohl für die gebildeten Klassen, wie auch für die ländliche Bevölkerung zu eröffnen. Das Bestreben, in Polen eine Industrie zu schaffen, trat in zwei von einander entfernt liegenden Perioden im vorigen und in diesem Jahrhunderte hervor. Im vorigen Jahrhunderte bemühten sich aristokratische Familien, die Sapieha's, Czartoryski's, Tyzenhausen, Potocki's, Radziwill's u. a. eine Industrie zu schaffen; in diesem Jahrhunderte folgten ihnen erleuchtete Staatsmänner, wie Lubecki, Staszyc und Mostowski. Welches Loos die wohlthätigen Bestrebungen der ersten Periode erreicht hat, kann man an der von Sapieha in Kodno errichteten Tuchfabrik (und an den Ruinen der Tyzenhausen'schen bei Bialystok) sehen. Es wurden aus Deutschland sämmtliche Arbeiter herbeigeschafft, denen alle Werkstätten und sämmtliche Gebäude übergeben und Subsidien und Freiheiten ertheilt wurden; sie begannen Tuch aus der im Lande produzirten Wolle zu machen, das sich durch Güte und billige Preise auszeichnete. Die Fabrikate fanden bei dem zahlreichen „Hofstaate“ des Fürsten Sapieha und bei den Gutsbesitzern der Umgegend Absatz und wurden zum Wollpreise verkauft. Aber die Fabrik überschritt nicht die beschränkte Lokalsphäre, weil es ihr an Kapital, Arbeitskräften und hauptsächlich an einer einsichtige oberste Leitung gebrach, und welche letztere ihr einen weitern Absatz verschafft hätte, ohne den eine Entwickelung unmöglich war. Bei dem Mangel an Kapital und Kredit vegetirte die Fabrik während einiger Jahrzehnte lediglich Dank der Verbindung der deutschen Meister und ihrer Söhne. Als jedoch die Webestühle verdarben und die Färber ausstarben, zerstreuten sich die Ueberlebenden in verschiedene Gegenden des Landes und die Fabrik hörte auf zu existiren. Nicht ein einziges Bauernkind hat die Gelegenheit zur Ausbildung in der Weberei benutzt, und die Bürger von Kodno hielten sich, trotzdem sie nicht ohne Elementarschulbildung waren, fern von der Fabrik, weil sie den Werth der Verbindung mit den deutschen Meistern nicht begriffen, ja sie sogar fürchteten. Die gebildetern Klassen aber hatten sich damals noch nicht von den mittelalterlichen Vorurtheilen ihrer Kaste losgesagt. Dies war auch das Loos fast aller übrigen Fabriken, welche Pflanzen ähnlich waren, die man auf unvorbereiteten Boden gesät, und deren Pflege man vernachlässigt. Auch während der zweiten Periode der Entwickelung der Industrie im Lande mußte man zu ausländischen Meistern seine Zuflucht nehmen, die man auch aus Deutschland herbeischaffte; doch war diesmal bereits der klar ausgesprochene Zweck, sie zu Lehrern der heimischen Bevölkerung zu machen. Da die junge Industrie jedoch im Lande kein Kapital fand, konnten auch die gebildeteren Klassen der Bevölkerung keine Techniker und Direktoren hervorbringen und diese, wie auch die Arbeiter mußten aus dem Auslande herbeigeschafft werden. Und nun hat sich unter dem Schutze des Zolles ein weites Feld für die Thätigkeit fremder Kapitalien, fremder Techniker und fremder Arbeiter eröffnet.“ Die „Gazeta Polska“ vergißt bei dieser Schilderung die Frage, wer die Schuld an allem trägt? Es ist doch gewiß, daß sie lediglich der Indolenz der gebildeteren Klassen der polnischen Bevölkerung zugeschrieben werden muß; zumal ist der Adel wohl hauptsächlich schuld, denn er bildete ja die herrscheude Klasse und hat sich lange nicht mit dem Gedanken aussöhnen können, daß es Zeit sei, dem Traume der Herrschaft zu entsagen und durch persönliche physische und geistige Arbeit sich und dem Lande nützlich zu werden. Jetzt, nachdem die Industrie lediglich durch deutsche Arbeit, deutsches Kapital und deutsche Intelligenz und Ausdauer zu einer bisher unbekannten Blüthe gebracht worden ist, regt sich der Neid der indolenten Nachkommen durch eigene Schuld bankerotter Edelleute, und giebt diesem Gefühle in der „Gazeta Polska“ Ausdruck, ohne sich jedoch zu dem Gedanken zu erheben, daß sie selbst lernen müßten, um das deutsche Element in der Industrie des Landes zu ersetzen und ihre weitere Entwickelnng zu sichern.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 27. Mai. Das „Fremdenblatt“ meldet: Dem der Pforte von Oesterreich-Ungarn ertheilten Rathe, um Skutari einen Truppenkordon zu ziehen, um den bei Tusi konzentrirten Albanesen die Zufuhren abzuschneiden, schlossen sich Deutschland und Rußland an. Einer Meldung aus Skutari zufolge treffen daselbst vier Tabors zuverlässiger türkischer Truppen ein, womit die Einschließung ausführbar ist. Ob die Zufuhren thatsächlich aufhören werden, hängt hauptsächlich von dem aufrichtigen Willen der türkischen Befehlshaber ab, die konstantinopeler Befehle auszuführen.

[Wiederholt.]

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

↗ **Berlin,** 27. Mai, Abends 7 Uhr.

Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ publizirt einen Erlaß Hohenlohe's an den Fürsten Reuß vom 5. Mai, welcher den niederschlagenden Eindruck der Unfruchtbarkeit der Verhandlungen mit der Kurie, wie solche aus dem Verhalten der Zentrumspartei sich ergebe, konstatirt. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ publizirt ferner zwei Erlasse des Fürsten Bismarck vom 14. und 21. Mai, welche betonen, der Widerstand gegen die Kirchengesetze sei aus den Kreisen des Klerus in die Vertretungskörper verpflanzt. Die Regierung werde ungeachtet des abgeschwächten Vertrauens, daß die Verhandlungen mit der Kurie zu einer Verständigung führen, in ihrer Theilnahme für die verwaisten Gemeinden verharren und aus eigener Initiative den gesetzgebenden Faktoren die bekannten Maßregeln vorschlagen. Es sei zu beklagen, daß der Papst seine Ziele zu hoch spanne oder die Situation mißverstehe. Man könne nicht weiteres Entgegenkommen üben.

In der nationalliberalen Fraktion wurde nach langer Berathung mit kleiner Majorität beschlossen, gegen die Verweisung der kirchenpolitischen Vorlage an eine Kommission zu stimmen. Ob dieser zunächst auf Ablehnung hinzielende Beschluß festzuhalten ist, wurde jedoch vom Verlauf der ersten Lesung abhängig gemacht.

Locales und Provinzielles.

Posen, 27. Mai.

r. [Der Landwirthschafts-Minister Herr Dr. Lucius] ist heute Vormittags 11 Uhr 40 Min. von hier nach Bromberg zur Gewerbeausstellung und zur Eröffnung der landwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung abgereist.

r. **Der hiesige Zweigverein des Deutschen Beamtenvereins in Berlin** zählt gegenwärtig bereits 24 Mitglieder, darunter auch einige höhere Beamte.

r. **Bei der heutigen ersten Frohnleichnams-Prozession** um den Dom waren viele Tausende versammelt.

— **Ein polnischer Historiker-Kongreß in Posen.** Auf dem in Verbindung mit dem 400jährigen Dlugosz-Jubiläum in Krakau am 19., 20. und 21. d. Mts. stattgehabten historischen Kongreß ist u. A. der Beschluß gefaßt worden, daß der nächste spätestens in fünf Jahren zu berufende Kongreß polnischer Historiker in der Stadt Posen abgehalten werden soll. Die historische Abtheilung des hiesigen polnischen Vereins der Freunde der Wissenschaften ist mit den Vorarbeiten zum künftigen Kongreß beauftragt und wird zur Feststellung des Programms schon am 25. d. Mts. eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Die galizischen Blätter sind für das Projekt eines polnischen Historiker-Kongresses sehr eingenommen, weil dadurch der Welt dokumentirt werden soll, daß Posen noch immer „eine polnische Stadt ist“.

— **Theaterdirektor Grosse.** Heute verließ Herr Theaterdirektor Grosse unsere Stadt, um einem ehrenvollen Rufe als Direktor des Stadttheaters nach Augsburg zu folgen. Das Musikkorps des 1. Westpr. Grenadier-Regiments Nr. 6 unter Leitung des kgl. Musikdirigenten Herrn Appold brachte demselben in der Frühe ein Abschiedsständchen. Herr Direktor Grosse dankte der Kapelle sichtlich gerührt für den Beweis der Anhänglichkeit und sprach Herrn Appold seine volle Anerkennung aus, indem er betonte, daß sein Musikkorps als Theaterkapelle nur Vorzügliches leiste. Hierauf verabschiedete er sich von der Kapelle aufs Herzlichste.

r. **Die Kapelle des 37. Regiments,** welche gestern nach Gnesen abreiste, um dort an demselben Tage ein Konzert zu geben, konzertirt heute Nachmittag in Inowrazlaw, und wird von morgen (28. d. M.) ab während der landwirthschaftlichen Provinzal-Ausstellung in Bromberg konzertiren.

r. **Kaufmann's große Menagerie,** welche eine sehr reichhaltige Sammlung von verschiedenen Thieren enthält, wird hier etwa Mitte nächsten Mts. eintreffen. Wir entnehmen dem Programme dieser Menagerie, daß dieselbe von katzenartigen Raubthieren 12 Löwen, 2 Pumas (Silberlöwen aus Brasilien), 4 Königstiger, 2 Leoparden, 2 Panther, von hundertigen Raubthieren 2 Hyänen und 2 Wölfe, von Sohlengängern 1 Eisbären, 1 Malayenbären, 1 Waschbären, und 1 Bären-Opossum enthält; es sind dies allein schon 30 Raubthiere. Dazu kommen ferner von Dickhäutern: ein indischer Elephant, ein indisches Nashorn ein Nilpferd und ein Tapir; von Wiederkäuern: 1 Giraffe, 1 Lama und 1 Antilope; von Einhufern: ein Zebra und ein Gnu; zahlreiche Affen, darunter 2 Schimpansen und 2 Orang-Utangs; ferner von Vögeln: 1 neuholländischer Strauß, 1 Pelikan und zahlreiche Papageien; von Amphibien: 8 Alligatoren, eine Riesenschlange (Boa constrictor) 1 Abgottschlange und 1 Armadill. Es ist dies also wohl die reichhaltigste Menagerie, welche je in unserer Stadt vorgeführt worden ist. Bei jeder Vorstellung werden zunächst die Thiere erklärt, worauf der vorzüglich dressirte Elephant eine Reihe von Kunststücken vorführt. Alsdann begiebt sich ein Nubier-Mädchen zu 4 Löwen in den Käfig und läßt dieselben durch brennende Reifen springen. Eine zweite Thierbändigerin, Fräulein Kaufmann, tritt als „Schäferin in der Wüste“ auf, indem sie sich mit einem lebenden Lamme zu zwei Hyänen und einem sibirischen Wolfe in den Käfig begiebt. Als dritter Thierbändiger führt Herr Kaufmann, der Besitzer dieser kostbaren Menagerie, die „wilde indische Jagd“ im Zentral-Käfig der Königstiger und Löwen vor. Den Schluß macht die Fütterung sämmtlicher Thiere.

— **Für alte görlitzer Jäger und Schützen.** Im Herbst d. J. nach dem Manöver wird in Görlitz die Feier des 50jährigen Garnisons-Jubiläums des 1. Schles. Jäger-Bataillons Nr. 5 und der Schützen, aus denen dieses Bataillon formulirt wurde, beabsichtigt und ist zu diesem Zwecke bereits ein Fest-Komite erwählt worden, welches dieses Fest zu einem großartigen Rendez-vous aller alten Kameraden dieses Bataillons zu gestalten wünscht, damit die alten Freunde und Waffengefährten in ihrer liebgewordenen Garnison, in welcher sie stets mit der Bürgerschaft im besten Einvernehmen gelebt haben, bei diesem Feste zusammentreffen und ihre alten freundschaftlichen Beziehungen erneuern können. Es dürften Stunden der Erinnerung an die vielfach schönste und sorgenloseste Zeit des Lebens werden! — Um dem Komite die nicht geringe Arbeit zu erleichtern, wird es nun Sache der früheren Jäger oder Schützen dieses Bataillons sein, ihre genauen Adressen, Dienstantrittsjahre und Kompagnie-Nummer, für den Fall, daß sie sich an dem Feste zu betheiligen wünschen, baldigst: „An das Komite zur Feier des 50jährigen Garnisons-Jubiläums der Jäger in Görlitz“ einzuschicken, damit ihnen Näheres später nach Feststellung des Programms übermittelt werden kann. Auch die Mittheilungen ernster oder heiterer eigener Erlebnisse aus dem Soldatenleben werden zweckdienliche Verwendung finden, und werden dieselben recht bald brieflich unter gleicher Adresse erbeten.

r. **Unglücksfall.** Am Montage wurde beim Bau von Fort V. ein Maurer durch einen herabfallenden Fundamentstein so schwer an den Schläfen verletzt, daß er nach Hause geschafft werden mußte, wo er am Tage darauf in Folge der davongetragenen Verletzungen gestorben ist.

? **Neutomischel,** 24. Mai. [Amtsgerichtsbezirk. Versetzung. Frostschäden. Goldene Hochzeit. Schützenfest.] Wie zuverlässig verlautet, wird Kirchplatz-Borun mit einigen angrenzeuden Ortschaften in nächster Zeit vom Amtsgerichtsbezirke Wollstein abgezweigt und mit dem hiesigen Gerichtsbezirke vereinigt und das Dominium Wonsowo, gegenwärtig zum Gerichtsbezirke Grätz gehörig, dem Amtsgerichte hierselbst zugetheilt werden. Ob in Folge dieser Zutheilungen auch die Anstellung eines dritten Amtsrichters erfolgen wird, welche sich jetzt schon vielfach als nothwendig herausstellen soll, ist noch nicht bestimmt. — Herr Amtsgerichtsrath Bradke hierselbst, welcher am 1. Oktober v. J. beim hiesigen Amtsgerichte angestellt wurde, ist vom 1. Juni cr. ab in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht in Rawitsch versetzt worden. — Durch die Nachtfröste in der vergangenen Woche haben in der hiesigen Gegend nicht nur die Garten- und Feldfrüchte, unter letzteren namentlich die Kartoffeln, außerordentlich gelitten, sondern es ist durch dieselben auch den Obstbäumen und dem Hopfen recht bedeutender Schaden zugefügt worden. — Die Glaser Löbel-Zirker'schen Eheleute, welche fünfzig Jahre in hiesiger Stadt ansässig sind, feierten am 19. d. M. im Kreise ihrer Kinder und Enkelkinder das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Die Einsegnung des Jubelpaares in der Synagoge erfolgte durch den Rabbiner Dr. Bloch aus Posen. — Bei dem diesjährigen Schützenfeste, welches hierselbst am 17., 18. und 23. d. M. abgehalten worden ist, wurde der Konditor Rausch zu Thorn, welcher, da er hierselbst geboren, schon seit mehreren Jahren Mitglied der hiesigen Schützengilde ist, als Schützenkönig und der Fleischermeister P. Weinert hierorts als Nebenkönig proklamirt und eingeführt.

z. **Tirschtiegel,** 25. Mai. [Frostschäden. Verunglückt. Besetzte Pfarrstelle.] Nachdem nun einige Tage verflossen sind, lassen sich die traurigen Wirkungen des Frostes vom 19. und 20. d. Mts. erst einigermaßen übersehen. Die Verheerungen auf unsern Feldern sind leider viel größer als man anfänglich annahm. Nicht nur Kartoffeln, Bohnen und Leinsaaten sind total erfroren, sondern überhaupt die ganze Pflanzenwelt hat stark gelitten. Von dem Roggen auf leichtem Boden ist fast kein Stengel mehr grün. Derselbe kann, ja muß sogar abgehauen und umgepflügt werden. Ebeso steht es mit Hafer, Erbsen, Gerste und anderm Sommergetreide. Viele unserer Landwirthe werden nicht den eigenen Bedarf an Getreide ernten. Der Hopfen ist gleichfalls erfroren, doch hofft man, daß derselbe noch einmal ausschlagen wird. In den Gärten sieht es ebenfalls traurig aus. Sämmtliches Obst ist gänzlich vernichtet. Die Weinstöcke stehen schwarz da wie im Herbst. Das Laub der Kastanien- und Akazienbäume ist ganz braun wie im November. Ja sogar die jungen Schößlinge der Linden, Pappeln, Espen, Weiden, Eichen und Kiefern sind welk und erfroren. Kurz, jede Pflanze, die man ansieht, hat Schaden genommen. Wenn der Frost anderwärts gleich stark aufgetreten ist, haben wir im nächsten Jahre keine billige Zeit zu erwarten. — Vorige Woche verunglückte in hiesiger Altstadt ein zehnjähriger Knabe an der Siedemaschine, die er seinem Vater drehen halb, derartig, daß er sich zwei Finger der linken Hand zerquetschte, welche ihm von dem hinzugerufenen Arzte amputirt werden mußten. — Dem hiesigen Hülfsprediger Kuhnke, welcher dem Superintendenten Schober hierselbst zur Aushülfe in seinen vielfachen amtlichen Geschäften beigegeben war, ist von Seiten des königl. Konsistoriums zu Posen vom 1. Juli cr. ab die Pfarrstelle zu Brahenau-Otteraue bei Bromberg übertragen worden.

∓ **Stralkowo,** 25. Mai. [Menschenpocken. Auswanderung nach Amerika. Schafschur. Buttereinfuhr von Polen. Einweihung der neuen griechisch-katholischen Kirche in Slupce.] Die schwarzen Menschenpocken sind gegenwärtig am hiesigen Orte noch nicht gänzlich erloschen, indem zwei Kinder von dem Einwohner Ulieniczak davon ergriffen sind. In Folge dessen ist die Wohnung desselben bis auf Weiteres polizeilich gesperrt worden. — Die Auswanderung nach Amerika aus hiesiger Gegend hat bis jetzt immer noch nicht ganz nachgelassen. Wenngleich dieselbe momentan auch nicht mehr so stark ist wie in den Monaten März und April, so finden sich doch noch einzelne Personen, welche ihrem Vaterlande den Rücken wenden, um in dem ungewissen, fremden Lande sich eine neue Heimath zu gründen. Die meisten gegenwärtigen Auswanderer gehören nicht wie früher der arbeitenden, sondern vielmehr der besitzenden Klasse an. — Mit der Schafschur haben in hiesiger Gegend bereits einige Besitzer begonnen. Wie ich erfahren habe, sind dieselben mit dem Ergebniß im Großen und Ganzen zufrieden. — Gegenwärtig wird hier durch aus Russisch-Polen viel Butter ausgeführt, denn es vergeht fast kein Tag, wo nicht einige damit beladene Wagen vor dem hiesigen Haupt-Zoll-Amt halten, um sie zu verzollen. Die Händler bringen dieselben meistentheils zur Bahn nach Wreschen, um sie dann auf den Markt nach Posen, Berlin oder anderen Städten zu bringen. — Am heutigen Tage wurde im nahen Slupce, der nächsten russisch-polnischen Stadt, die dortige neu erbaute griechisch-katholische Kirche eingeweiht. Hierzu waren von der russischen Behörde die höheren hiesigen Beamten eingeladen, auch der Geheime Finanzrath Provinzial-Steuer-Direktor Peine aus Posen war, der Einladung folgend, dazu erschienen.

λ **Krotoschin,** 24. Mai. [Rabbinerwahl.] Nachdem der frühere, durch 21 Jahre hier amtirende Rabbiner Herr Dr. Joel, in Folge seiner Berufung als Leiter des Fränkel'schen Rabbiner-Seminars, am 1. Januar c. seine hiesige Stelle verlassen hatte, wurde zur Neubesetzung dieser Stelle unter Erhöhung des fixirten Gehalts von 1800 auf 2400 Mk. geschritten. In Folge eines Konkurrenz-Ausschreibens meldeten sich über 30 Bewerber, welche sämmtlich die Fakultas haben mußten und von denen sechs zu Probepredigten aufgefordert wurden. Wenn auch unter den Berufenen sich manche tüchtige Kraft befand, so konnten sich doch die reformfreundlichen und die orthodoxen Gemeindemitglieder über keinen jener Kandidaten einigen. Um nun Spaltungen in der Gemeinde zu verhüten, wurde, auf Empfehlung des Herrn Professor Dr. Grätz in Breslau Herr Dr. Appel, Rabbiner der isr. Gemeinde in Homburg v. d. H., früherer Schüler des breslauer Rabbiner-Seminars, zur Abhaltung einer Probepredigt aufgefordert, welcher Aufforderung dieser auch nachkam. Bei der nun gestern stattgehabten Wahl erhielt dieser von den 138 anwesenden Wählern 130 Stimmen und ist somit als Rabbiner der hiesigen isr. Gemeinde gewählt. Möge sein Wirken in der hiesigen Gemeinde ein segensreiches sein.

§ **Wreschen,** 24. Mai. [Kreislehrerkonferenz. Kollekte. Schützenfest.] In der am letzten Donnerstage hierselbst stattgefundenen Kreislehrerkonferenz standen im Ganzen 28 Positionen auf der Tagesordnung, die zumeist die inneren Angelegenheiten der Schule und den Unterricht in den einzelnen Fächern behandelten. Es wurde sodann die Rechnung des Kreisbibliothekars, Hauptlehrer Jarosz, pro 1879 vorgelegt, welche, ausschließlich dem Bestande von 4,80 Mk., eine Einnahme von 46 Mk. 50 Pf. ergab. Die Ausgaben betrugen 37 Mk. 50 Pf. und die Reste 87 Mk. 50 Pf. Die Konferenz währte bis Nachmittag 2 Uhr, worauf sich der größte Theil der Anwesenden zu einem gemeinschaftlichen Mittagsessen im Paprzycki'schen Saale vereinten. — Unser evangelisches Kirchlein, das sowohl äußerlich als innerlich höchst dürftig dasteht, soll in nächster Zeit renovirt werden. Zu diesem Behufe hat der hiesige Gemeinde-Kirchenrath Bittschreiben zur Unterstützung an sämmtliche Gemeinden Preußens ergehen lassen. Bis jetzt haben sieben Gemeinden einen Beitrag von etwa 160 Mk. eingesendet. Da sich etwa 5000 Kirchspiele in unserem Lande befinden, so könnte, wenn jede Gemeinde nur ein kleines Scherflein dazu beitragen würde, die hiesige kleine Kirche nicht nur renovirt, sondern fast neu erbaut werden. — Wie alljährlich, so wurde auch in diesem Jahre am zweiten Pfingstfeiertage seitens der hiesigen Schützengilde das Königsschießen eröffnet. Leider trat die ungünstige rauhe Witterung auch dieser Feier hemmend in den Weg. Das Fest, welches fast die ganze Woche über währt, fand gestern Abend mit Einführung des Schützenkönigs seinen Abschluß. Als Schützenkönig wurde Schuhmachermeister Hastkiewicz, als Nebenkönig Kaufmann Ziolecki und als Ritter Kämmerer v. Wardenski proklamirt. Da das Eintrittsgeld zur Schützen-

gilde von 15 Mark auf 10 Mark herabgesetzt worden ist, so steht zu erwarten, daß die Mitgliederzahl sich in diesem Jahre erheblich vermehren wird.

—z. **Schwerin a. W.**, 25. Mai. [Todesfall. Wohlthätigkeit.] Am 21. d. M. verstarb hierselbst der Kaufmann Jacob Levy im Alter von 65 Jahren. Der Dahingeschiedene war mehr als 25 Jahre ununterbrochen erster Vorsteher der hiesigen jüdischen Gemeinde, desgleichen Präses im Vorstande des Brüdervereins und erster Kurator der Jean Benda'schen Waisenanstalt. Auch der hiesigen Stadtverordnetenversammlung gehörte derselbe vom Jahre 1854 bis zu seinem Tode ununterbrochen an. Er hat sich in allen diesen Ehrenämtern durch Treue, hingebenden Eifer und Unparteilichkeit ausgezeichnet und die Interessen wie die Institutionen des hiesigen Gemeinwesens wesentlich gefördert. Das Hinscheiden dieses Mannes ist sowohl für seine Gemeinde, als auch für die hiesige Stadt als ein sehr beklagenswerther Verlust zu betrachten. Von der großen Achtung, die der Verstorbene hier allseitig genossen, legte auch das außerordentlich zahlreiche Leichengefolge Zeugniß ab, welches Mitglieder aller Konfessionen und Stände in sich vereinigte. Als besonderer Beweis von der menschenfreundlichen und wohlwollenden Gesinnung des Verstorbenen für die hiesige Stadt verdienen namentlich die sehr zahlreichen wohlthätigen Legate erwähnt zu werden, die im Ganzen die Summe von ca. 32,000 Mark ausmachen. Die Zinsen von 14,800 Mark sollen alljährlich am Sterbetage des Herrn Levy resp. an dem seiner Ehefrau ohne Unterschied des Bekenntnisses zur Vertheilung kommen, die Zinsen des Restes von 16,800 Mark sind für spezielle Zwecke und Institutionen der hiesigen jüdischen Gemeinde bestimmt.

△ **Schneidemühl**, 25. Mai. [Kirchliche Wahl. Taschendiebstahl. Landgerichtsgebäude. Feuer.] In einer Vorversammlung, in welcher Besprechungen über unsere bevorstehenden kirchlichen Wahlen stattfanden, wurde hervorgehoben, daß der auf heute anberaumte Wahltermin nach der Gemeinde-Kirchenordnung zu früh angesetzt worden wäre. Der Gemeinde-Kirchenrath hat nun in Folge dessen diesen Termin aufgehoben. Der neue Wahltermin ist auf den 6. Juni, Mittags 12 Uhr, in unserer evangelischen Kirche anberaumt worden. — Am letzten Wochenmarkte wurde hier von zwei Personen ein nicht unerheblicher Taschendiebstahl verübt. Das Opfer war eine arme Frau aus dem benachbarten Städtchen Usch. Man hatte derselben 15 M. entwendet. Der eine Taschendieb war geständig, der andere wurde durch Konfrontation zum Geständniß gebracht. Beide wurden noch gestern von der Polizei dem Amtsgerichte überwiesen. — Der Bau des neuen Landgerichtsgebäudes wird vom Maurermeister Golz so schnell gefördert, daß das Mauerwerk des Parterre im Ganzen vollendet ist. Der neue Gerichtssaal wird wie im alten Gebäude einen Theil der Beletage einnehmen und zwar in der Ausdehnung des angebauten Vorsprungs über die ganze Tiefe des Gebäudes. Es wird derselbe den alten Saal an Größe bei Weitem übertreffen. — In der vergangenen Nacht war großes Feuer in der Breitenstraße. Das Meyer'sche Wohnhaus brannte ab. Die Nachbarhäuser konnten nur mit Mühe geschützt werden.

Ⓥ **Bromberg**, 26. Mai. [Versammlung von Mühleninteressenten.] In der am 8. Juni hier stattfindenden Versammlung sämmtlicher Müller und Mühleninteressenten des Ausstellungsbezirkes wird Oberingenieur Speiser aus Königsberg einen Vortrag „Ueber Turbinen" halten; sonst bleibt die bekanntgemachte Tagesordnung unverändert.

Landwirthschaftliches.

Zur Wollschur in der Provinz Posen. Wie der gesammten Viehhaltung der Provinz Posen die reichlichen Futtererträge des Vorjahres in Stroh, Grünfutter und Heu und theilweise auch in Erdfrüchten, ferner auch die Ergiebigkeit der Weide auf Ackerland und Grasflächen, vortrefflich zu statten gekommen, so ganz besonders auch den Schafen. Dieselben kamen vorzüglich gut in den Winter, nachdem sie nach der vorjährigen Schur auf reichen Triften alsbald einen vorzüglichen Ansatz des Wollwuchses gewonnen und die weitere kräftige Entwickelung des Vließes ununterbrochen fördern konnten. Während des Winters selbst wurden sie ebenfalls ausreichend genährt, kamen fast so gut aus dem Winter als sie in die Winterfütterung getreten und der diesjährige frühjährliche Weidewuchs ließ auch die Vollendung des Vließes ganz entsprechend erfolgen, so daß die für das Wollhaar so wesentliche Gleichmäßigkeit des Wuchses kaum besser gewahrt werden konnte. Hier und da hat wohl auch in der Provinz Posen, wie man der „Schl. Pr." schreibt, die nasse Weide des vorjährigen Sommers ihre üble Nachwirkung in den Heerden geäußert, so beträchtlich aber als auf den feuchten Gründen anderer Bereiche war dies auf dem vorherrschenden Sandboden der posen'schen Lande nicht. Ob auch die Kartoffeln zur unmittelbaren Fütterung wie für die Schlempe- und sonstige Abfallfütterung auf den Gütern mit Fabrikbetrieb dieses Jahr beträchtlich fehlten, so kam den Heerden grade zu gut, daß die unverhältnißmäßige Fütterung der Fabrikabfälle ihre Beschränkung erfuhr und an Stelle dieser Futtermittel oft sehr zweifelhaften Werthes eine solidere Rauhfütterung trat. Ueberhaupt gewährten die reichlicheren Mittel zur Ernährung des Viehes und die demnach besseren Erträge der gesammten Viehwirthschaft einen zwar nicht vollständigen, aber doch keineswegs gering zu veranschlagenden Ersatz für die Ausfälle, welche der Landwirth im vorigen Jahre an den Körnerfrüchten und den Kartoffeln erlitten. Wo die Schafhaltung noch auf Kosten der heut unerläßlichen, möglichst intensiven Bodenkultur in früherer Ausdehnung fortgesetzt wird, da reduzirt sich der Nutzen bis zum größeren oder geringeren Nachtheil, und wird dieser Zweig der Viehzucht oder der Landwirthschaft zuletzt ganz unhaltbar, wie dies in anderen Bereichen schon in beträchtlichem Maße zu Tage getreten, hier und da auch in der Provinz Posen schon merkbar geworden. Hier werden die Bodenverhältnisse aber der Schafzucht immer noch einen bedeutenden Anhalt verleihen und wird die für Gesammt-Deutschland auf 30 bis 36 Prozent des heutigen Wollviehbestandes berechnete nothwendige Reduktion desselben sich diesseits wohl auf ein weit geringeres Maß beschränken lassen. Dabei wird aber unerläßlich bleiben, daß einestheils, wie in anderen Distrikten, namentlich des mittleren und westlichen Reichsgebiets, die Wollproduktion in wirklich rationeller Weise, nicht blos nach willkürlichen Propositionen und unerreicht bleibenden Idealen, mit der ganz zeitgemäßen Fleischproduktion verbunden werde und anderntheils, namentlich auf dem überwiegend vorhandenen Sandboden der Provinz, eine angemessene Wollqualität gezüchtet wird, welche über die Konkurrenz mit den importirten besseren Wollen erhaben bleibt. In dieser Beziehung hat die Provinz Posen unverkennbar wesentliche Vortheile vor anderen Ländern, mit vormals hochveredelten, jetzt in der Qualität überhaupt, nicht bloß in der Feinheit reduzirten Wollheerden, voraus, so namentlich auch vor Schlesien. Während in diesem benachbarten Lande und auch anderwärts die einseitig, bis zur Entartung verfolgte Feinheit, neben welcher Gehalt und Masse ganz vernachlässigt worden, nothwendiger Weise fallen gelassen wurde und man im Allgemeinen nun ebenso einseitig die Wollquantität verfolgt, wie früher die nominale Qualität, aber jene bei Weitem nicht erreicht, sondern gegenüber eine Reduktion des Wollpreises um 40 bis 50 pCt. höchstens eine Vermehrung der relativen Produktion um 25 oder 30 pCt. erzielte, währenddem erfuhr in der Provinz Posen der Wollwerth im Ganzen nicht nur keine Verringerung, sondern stieg eher noch nach Maßgabe der Wollpreise um Einiges, und die Erhöhung des Schurgewichts wurde daneben doch auch in entsprechender Weise realisirt. Wenn noch in der Mitte des vorigen Jahrzehnts von 2,997,000 Schafen der Provinz 42 pCt. ganz veredelte, 46 pCt. halb veredelte und 12 pCt. Landschafe waren, ergeben heut von ca. 2,600,000 Schafen die vormaligen ganz veredelten und die früher halb veredelten gegen 92 pCt. des Gesammtbestandes, welche der Art in der Wollqualität modifizirt worden, daß der Durchschnittspreis von 200 Mark der getreffenden Wollen, dem früheren von 50—75 Thalern, aber überwiegend die geringeren Sorten vertretenden, eigentlich kaum über 60 Thlr. oder 180 Mark gekommen, beträchtlich genug, um 11 pCt., überlegen ist. In der Provinz Posen blieben die Weideflächen und die Futterproduktion, insbesondere der Weidewuchs, nicht nur in angemessenem Umfange bestehen, sondern erfuhren durch Urbarmachung bedeutender Waldflächen auch noch eine ansehnliche Erweiterung, sowie durch bessere, nicht erschöpfende Kultur eine erhebliche Aufbesserung. Die relative Wollproduktion der Provinz Posen kommt im Durchschnitt auf 1.5 Kilogr. pro Stück oder auf 4.5 Kilo pro 100 Kilogr. Lebendgewicht, während in Schlesien auf die gleiche Körperschwere eines Stückes 1.375 Kilogramm oder auf 100 Kilogramm Lebendgewicht 4.125 Kilogramm entfallen, und bei den noch immer auf 2,600,000 Stück anzusetzenden Bestande der Provinz Posen berechnet sich die Gesammtproduktion im Durchschnitt der Jahrgänge auf 78,000 Ztr. im Geldwerthe von 200 M. pr. Ztr. oder insgesammt von 15,600,000 M., wogegen Schlesien bei nur noch 1,800,000 Stück à 1.375 Kilogr. annähernd 78,000 Zentner im Geldwerth von 182.5 M. pro Zentner im Durchschnitt der Gesammtproduktion, nur 8,760,000 M. repräsentirt. Die Werthe der Wollproduktion beider Provinzen verhalten sich also wenn für Posen wie 100, dann für Schlesien wie 56.15 und bei den Kulturflächen von 2,382,000 Hektaren Posens und 2,696,000 Hektaren Schlesiens trägt die Schafzucht zur Bodenrente pro Hektar Kulturland bei: in Posen überhaupt 5.5 Mark und auf 48 pCt. Großbesitz mit Schafehaltung 1146 M. pro Hektar; in Schlesien überhaupt 3.24 M. und auf 42 pCt. Großbesitz mit Schafhaltung 7.71 Mark pro Hektar Kulturland. Während der Reinertrag in der Provinz Posen 6,5 Mark pro Hektar Kulturland zu stehen kommt, steuert die Wollzucht auf dem Grundbesitz dazu gegen 18 pCt. bei, in ihrem Bruttoertrage; in Schlesien aber, bei einer Ertragsfähigkeit des Bodens für 75 Mark Reinertrag, im Durchschnitt der Provinz, gewährt der Bruttoertrag von der Wolle ungefähr 10 pCt. zu dieser Rente. Die besonderen Kosten der Wollproduktion kommen nicht so hoch zu stehen, daß diese Beiträge nicht schon eine günstige Stellung der Branche an sich selbst ergeben haben sollten, dagegen ist in Rechnung zu bringen, was der Schafhaltung an anders und besser zu nützenden Produktionsmitteln, an Futter und Ackerland geopfert wird, und darnach ist zu bemessen, welche Ausdehnung diesem Ertragszweige bei ganz rationellem Betriebe noch zuzugestehen ist. — Nicht nur in landwirthschaftlicher und überhaupt volkswirthschaftlicher Hinsicht ist dieser Gegenstand von besonderem Belang; er berührt auch sehr wesentlich die Interessen der Industrie und mehrfach die des Handels, so in Bezug auf die Wolle des Inlandes und den Wolleimport und hinsichtlich des Verkehrs in Wollenwaaren aller Art. resp. auch des Verkehrs in verschiedenen mit diesen konkurrirenden Artikeln.

≃ **Neutomischel**, 19. Mai. [Hopfen.] Gegenwärtig ist am hiesigen Platze nach Hopfen nur wenig Nachfrage, denn die böhmischen Geschäftsleute, welche sich einige Zeit hierselbst aufhielten und in den Landgemeinden der Umgegend recht bedeutende Einkäufe machten, sind, nachdem sie ihren Bedarf gedeckt hatten, wieder in ihre Heimath zurückgekehrt. Nur von den Händlern am Platze, bei denen häufiger Bestellungen von Brauereibesitzern aus der hiesigen Provinz und aus den Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen eingehen, wurde bei den Produzenten in den umliegenden Landgemeinden noch zuweilen nach dem Produkte gefragt und dasselbe mitunter in größeren und kleineren Quantitäten übernommen. Der Waarenumsatz war darum in den zuletzt verflossenen Wochen nur von minderer Bedeutung, denn es dürften wöchentlich von den Eignern aus der Umgegend wohl nicht mehr als 40—50 Zentner Hopfen nach der hiesigen Stadt überbracht worden sein. Da die Produzenten bei der matten Geschäftstendenz zur Abgabe ihres Hopfens sehr gern bereit sind, so war es den Händlern möglich, selbst zu gedrückten Preisen das Produkt an sich zu bringen. Für Hopfen bester Qualität wurden 100—120 M., für Waare mittlerer Güte 75—90 M., und für Hopfen geringerer Qualität 50—60 M. pro Zentner bewilligt. — In den Hopfen-Plantagen in der hiesigen Gegend ist im Monat April das Abhacken und Schneiden der Hopfenstöcke beendet worden, und hat man im Laufe dieses Monats schon allgemein mit dem Aufstellen der Hopfenstangen und bei den Anpflanzungen, welche mit einem Gerüst versehen sind, mit dem Anknüpfen von Bindfaden und Ranken begonnen. In den Plantagen, in welchen die frischen Schößlinge die gehörige Länge erreicht haben, ist man im Laufe der verflossenen Woche schon vielfach mit dem Anbinden derselben beschäftigt gewesen. Die Hopfenpflanzen sind bei dem anhaltend trockenen und kalten Wetter der letzten Wochen in der Entwickelung sehr zurückgeblieben und wird darum von den Hopfenproduzenten baldiger Eintritt von warmem und feuchtem Wetter, bei welchem die Hopfenpflanzen am besten gedeihen, sehr gewünscht.

Aus dem Gerichtssaal.

R.-G.-E. Das mündliche Versprechen einer Mitgift an ein Mädchen Seitens ihrer Angehörigen dem Bräutigam gegenüber kann nach einem, mit dem früheren Appellationsgericht zu Posen übereinstimmenden Erkenntnisse des Reichsgerichts, I. Hülfssenats, vom 2. April 1880, von dem Bräutigam nach der Hochzeit nur dann im Klagewege geltend gemacht werden, wenn dieses Versprechen entweder ausdrücklich oder durch konkludente Handlungen als Gegenleistung für die Heirath erfolgt ist. Hatten dagegen weder der Bräutigam noch die Angehörigen der Braut zu erkennen gegeben, daß die Mitgift als Vergeltung für die Eheschließung von ihnen betrachtet würde, so ist selbst in dem Falle, in welchem der Heirathsantrag Seitens des Bräutigams und das Mitgiftsversprechen Seitens der Angehörigen der Braut unmittelbar auf einander folgten, das Mitgiftversprechen nicht klagbar. Der Appellationsrichter erachtet für erwiesen, daß der Entschluß, die Z. zu heirathen, von dem Kläger bereits gefaßt war, bevor die eingeklagten Leistungen Seitens der Beklagten versprochen worden sind, und führt dann aus: in Ermangelung eines Beweises dafür, daß die Beklagten ausdrücklich erklärt hätten, sie würden die versprochene Mitgift als Vergeltung für die Heirath gewähren, könne aus der Thatsache allein, daß das Heirathsversprechen in Anschluß an das erstere Versprechen abgegeben worden, nicht geschlossen werden, daß die Parteien eine Verabredung zu treffen beabsichtigt haben, nach welcher Gelder und Sachen für die Uebernahme einer Handlung gewährt werden sollten. Demzufolge stellt der Appellationsrichter fest, daß zwischen Parteien nicht ein Vertrag dahin zu Stande gekommen sei, daß die Schließung der fragl. Heirath einerseits und die Gewährung der eingeklagten Prästationen andererseits als Leistung und Gegenleistung einander gegenüberstehen, daß vielmehr das Versprechen der Gewährung dieser Prästationen als ein durch die Heirath bedingtes Mitgiftsversprechen anzusehen sei. . . . . Die bezüglichen Ausführungen des Appellationsrichters sind dahin aufzufassen, daß bei einem Vertrage über Handlungen zwischen der übernommenen Handlung und der dagegen versprochenen Leistung die erwähnte Wechselwirkung bestehen müsse, im vorliegenden Falle aber eine solche Wechselwirkung nicht vorhanden sei. — Endlich hebt Implorant noch hervor, daß es einer ausdrücklichen Erklärung der Beklagten, sie würden die versprochenen Leistungen als Vergeltung für die Heirath gewähren, nicht bedurft habe. Der Appellationsrichter hat jedoch auch hier ein derartiges Erforderniß nicht aufgestellt, wie aus seinen Erwägungen klar erhellt."

△ **Schneidemühl**, 21. Mai. [Strafkammer. Ein ungerathener Sohn. Mißhandlung eines Polizeidieners. Wildfrevel.] Heute stand vor unserer Stafkammer der Arbeiter Ferdinand Julius Bernikel unter der Anklage, seine eigene Mutter mehrfach mißhandelt zu haben, mit einer Milchsatte nach ihr geworfen, sie geschlagen zu haben, auch sie mit Todtschlag bedroht zu haben. Die Mutter hatte den Gerichtshof um Milde gebeten. Der Staatsanwalt beantragte eine exemplarische Strafe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängniß. — Der Einwohner Wolf Elias Lewin und seine Ehefrau waren angeklagt, den Polizeidiener Graß in Czarnikau gemißhandelt zu haben. Lewin wurde mit 14 Tagen, seine Ehefrau mit 3 Wochen Gefängniß bestraft. — Der Arbeiter Johann Kopitzke aus Schmilau hatte einen von ihm, wahrscheinlich auf dem königlichen Forstgebiete Selgenau angeschossenen Hasen im königlichen Forstgebiete weiter verfolgt. Der Staatsanwalt betonte, daß die bloße Verfolgung eines angeschossenen Wildes auf fremden Gebiete schon ein Jagdvergehen wäre. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 60 M. oder 12 Tagen Gefängniß.

Staats- und Volkswirthschaft.

♈ **Chemnitz**, 26. Mai. [Notirungen der Produktenbörse. Hermann Jastrow.] Weizen, weiß 232—242 M., do. gelb 224—237 M. Roggen, inländischer 182—195 M., do. fremder —,— M. Gerste, Brau- 180—200 M., do. Futter- 150—160 M. Erbsen, Koch- 188—200 M. do. Mahl- und Futter- 174 bis 182 M. Hafer 144—148 M. Mais 150—160 M. Per 1000 Kilo Netto.

** **97. Königlich Sächsische Landes-Lotterie.** 5. Klasse. 17. Ziehung vom 24. Mai.

50,000 Mark 69367.
30,000 Mark 83855.
15,000 Mark 18783 76790.
5000 Mark 52403 73271 82537 83734.

3000 Mark 1051 4398 4686 7929 10559 11218 13512 17222 17748 20011 20122 22582 30686 35930 37220 43377 46202 46524 51809 53577 55156 56664 58176 60805 61893 76484 78285 90166 95099 96383 97728.

1000 Mark 5572 5817 10541 11264 15054 15126 15243 20485 21999 22391 24341 24401 27195 33910 34570 34934 38545 39063 45467 47734 50245 53660 55629 59770 60878 66105 68746 69502 72678 73403 75651 77005 78475 80170 86401 88923 92026 94926 95526 96877 98702 99582 99783.

500 Mark 205 1076 1706 3533 5646 6150 9241 11141 12432 13232 22510 22701 23424 27977 32167 33434 37549 38311 39189 39547 41038 41706 45756 46234 49206 51004 53254 58509 64390 65682 66976 67012 68272 71375 72393 74135 74698 80201 80486 80903 81935 86769 91397 92985 93169 95169 95957 99738 99979.

300 Mark 223 264 278 314 1750 3571 3705 3755 4442 5057 5495 10692 13685 13844 14082 14173 14951 16486 17234 18621 21478 22402 22708 22878 23573 24040 24309 25084 25429 26029 26363 27426 27864 28270 29538 29742 30161 30425 30817 30988 31600 32535 32538 33536 34168 35994 36142 36655 37031 37606 38740 38776 39427 41350 41473 42009 43497 44722 44941 47802 48292 48809 50053 50181 50381 51180 51541 51733 51882 52031 52419 53512 53714 53768 56282 57620 58189 58321 60017 62556 62893 63365 63902 65088 68181 69756 70088 70118 71207 71445 71681 72354 72463 75198 76796 77514 77961 78106 78143 79848 80049 80237 83533 83235 84808 91966 92377 93731 96471 96514 98479 99179 99917.

** **Lütticher Loose von 1860.** Verloosung vom 1. Mai 1880. Auszahlung vom 1. August 1880 ab.

No 1587 à 5500 Frks. — No. 23482 à 3000 Frks. — No. 1677 à 2000 Frks. — No. 14531 à 1500 Frks. — No. 8890 à 1000 Frks.

No. 33 1546 670 764 2253 412 4451 5142 655 682 739 6134 402 7519 687 8850 9057 10165 614 909 11815 934 12634 14138 252 372 15863 16912 18552 19164 **20**245 923 22722 23805 25202 244 26005 271 976 27760 28326 29234 843 906 915 à 200 Frks.

No. 151 329 381 636 649 685 696 723 905 954 994 1110 139 171 172 251 342 357 402 444 484 638 648 665 962 988 2021 42 99 175 224 265 289 762 902 908 3090 125 165 231 358 437 473 514 731 747 779 844 879 970 4185 206 250 373 527 567 579 733 978 5106 120 173 476 563 627 715 824 6016 70 87 96 136 215 245 473 708 793 927 937 7002 35 144 147 385 467 469 660 740 846 857 8163 190 208 403 453 581 658 711 914 938 9015 358 442 735 757 784 834 888 974 **10**026 155 183 291 337 396 397 438 456 598 872 984 11047 294 299 339 402 564 602 656 759 820 943 12071 192 260 278 586 599 738 825 13083 103 118 185 270 386 391 529 575 667 681 729 750 916 918 930 971 14003 45 116 178 193 562 632 681 779 15015 55 85 87 181 338 339 389 546 574 884 16070 108 190 311 479 621 673 754 767 927 970 17089 299 691 757 807 811 867 929 18301 343 422 437 475 541 544 563 622 689 721 799 910 911 924 19095 11 230 251 416 423 487 578 598 650 683 757 795 858 957 998 **20**019 71 122 171 293 336 612 711 877 21001 11 44 365 497 646 755 881 22026 193 338 342 416 652 704 795 23024 68 110 139 318 320 467 570 837 914 963 989 24073 224 250 357 445 556 671 749 775 806 833 925 25003 152 356 407 448 459 499 508 578 601 657 788 814 828 843 851 988 26006 28 126 221 319 359 488 525 573 608 799 854 884 918 27206 287 456 472 577 649 779 825 28153 201 299 323 328 356 485 625 665 714 29095 107 122 229 670 727 984 à 125 Frks.

Vermischtes.

* **Berlin.** Aus eigenthümlicher Ursache fand dieser Tage in der Brunnenstraße eine Explosion statt. Der Handelsmann Rollerier ging mit ca. 5 Dutzend mit Leuchtgas gefüllten Ballons, wie sie Kindern als Spielzeug dienen, auf dem Bürgersteig, als sich zwei Herren, deren einer eine Zigarre rauchte, zu ihm gesellten, um einen Ballon zu kaufen. Durch den starken Wind wurden die Ballons gegen die Zigarre geworfen, worauf sie sämmtlich mit einem lauten Knall und einer Heftigkeit explodirten, daß der eine der Käufer sowie der Handelsmann zu Boden geschleudert wurden. Beide erlitten so bedeutende Brandwunden im Gesicht, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

* **Die Vorbereitungen zum V. allgemeinen deutschen Turnfest in Frankfurt a. M.** erfordern die angestrengteste Thätigkeit der verschiedenen Einzelausschüsse. Der Empfangsausschuß hat bei den Vorständen der frankfurter Museen und Institute das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden; die dortigen Sehenswürdigkeiten werden für die Turner an allen Vormittagen geöffnet sein, zum größten Theile unentgeltlich; zum Theil sind die Eintrittspreise erheblich herabgesetzt, so von dem Kunstgewerbe-Museum und vom Palmengarten. Mit der Leitung des turnerischen Theiles des Festes ist vom Turnausschuß der Turninspektor G. Dannenberg als Festturnwart betraut; auch hat derselbe bereits die Ausstattung des Festturnplatzes in Submission für 8000 M. vergeben. Die Festbauten, wie eine große Festhalle, acht Bierhallen, zwei Dienstgebäude, Tribünen u. s. w. sind vom Zentralausschuß verschiedenen Bauunternehmern für 80,000 M. übertragen. Alle diese Bauten sollen nach den Plänen von Otto Lindheimer ausgeführt und bald in Angriff genommen werden, so daß Anfang Juni die äußere Einfriedigung und bereits Anfang Juli die übrigen Bauten dem Bauausschuß fertig übergeben werden können. Auf Veranlassung des Preßausschusses wird unter der Redaktion von A. Hartmann (früher Redakteur des Frankfurter Journals) eine Festzeitung ausgegeben worden, deren 10 Nummern am 11. und 17. Juli, am 24. — 30. Juli und einmal Anfang August erscheinen sollen. — In allen Kreisen der deutschen Turnerschaft, welche 2000 Turnvereine Deutschlands und Deutschösterreichs umfaßt, rüstet man sich bereits zu zahlreichem Besuche des nationalen Festes; auch die benachbarten turnerischen Genossenschaften, der eidgenössische Turnverein der Schweiz, der belgische Turnerbund, die italienischen Turnverbände, die Turnvereine der Sachsen Siebenbürgens werden offizielle Vertreter zum deutschen Turnfeste entsenden; selbst deutsche Turnvereine Nordamerikas bereiten sich wie der Turnverein Milwaukee, so meldet die nordamerikanische Turnzeitung, zur „Turnfahrt nach Europa".

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das Hauswesen, nach seinem ganzen Umfange dargestellt in Briefen an eine Freundin mit Beigabe eines vollständigen Kochbuches von Marie Susanne Kübler. In Bezug auf Küche und Tafel für Norddeutschland bearbeitet von L. v. Pröpper. Neunte verbesserte Auflage mit Holzschnitten. Preis: eleg. geb. M. 5. 50. Verlag von J. Engelhorn in Stuttgart. Dies ist der vielsagende Titel eines Werkes, das — um nicht die übliche Phrase zu gebrauchen: „es gehöre zu dem Besten, oder es sei das Beste, was in dieser Richtung geleistet" — als ein Hausschatz bezeichnet werden muß, in welchem jede Frau, Gattin und Mutter so orientirt sein sollte, wie in ihrem Hause selbst. Sie wird sich wenigstens im Besitze des Werkes, welches aus der Erfahrung eines vielseitigen Thätigkeitslebens hervorgegangen, und auf alle Verhältnisse, Vorkommnisse und Zufälle im häuslichen und wirthlichen Leben Rücksicht nimmt, niemals rathlos und in Verlegenheit befinden. Die junge Anfängerin in der Haushaltungskunst, die emsige Gärtnerin im Bereiche ihres Blumen- und Küchengartens, die Kunstbäckerin, die Büglerin und Wäscherin, sie alle erhalten nicht nur weisen Rath und gründliche Unterweisung bei ihrem praktischen Verfahren, sie werden auch durch die den Abschnitten beigegebenen bildlichen Darstellungen mit einer Anschauungslehre bedacht, die nirgend nöthiger und wichtiger, als im Haushalte, wo die Kenntnisse der Frau, die gewissermaßen für die Erhaltung und das Wohlsein ihrer Umgebung verantwortlich ist, oft durchaus unzureichend sind, um den wissenschaftlichen Anforderungen bei Erfüllung ihrer Pflichten immer entsprechen zu können. Nicht selten wird eine Frau, welcher die Verwaltung eines Hauses, die Oberaufsicht eines Institutes, die Besorgung eines Festessens, die Eintheilung eines Stück Gartenlandes u. s. w. übertragen ist, in die Worte ausbrechen: „Ich weiß, daß ich nichts weiß!" und sich dabei nach einer erfahrenen Freundin, einer Rathgeberin und Helferin in der Noth umsehen. Eine solche ist ihr nun in allen den genannten und vielen anderen Fällen, die ihre anordnende und einschreitende Thätigkeit bedingen, die Sammlung von praktisch-ästhetischen Fingerzeigen und Lehren, welche sich in dem betreffenden Werke, wie zu einem Haushaltungs-Zauberringe im Kreise der Jahreszeiten, mit ihren interessanten und von der Hausfrau wohl zu beachtenden und zu benutzenden Erscheinungen, rundet. Das ewig Wiederkehrende in diesem Wechsel ist auch das ewig Neue, und es vermag deshalb auch das, was in das Haushaltungsressort fällt, niemals alltäglich zu werden, weil der Einfluß auf das Gesammtleben der Hausgenossenschaft davon abhängig ist. Da es nun aber keineswegs gleichgiltig ist, von wem man sich in so wichtigen und einflußreichen Dingen Rath ertheilen läßt, so mögen die Frauen, denen ihr Haus und ihre Familie lieb und werth sind, die den täglichen Bedarf nicht blos geschäftsmäßig herzustellen wünschen, und in dem Abthun der Sache schon genug geleistet und ihre Pflicht erfüllt zu haben meinen, sondern die den Zauber der Anmuth, der Wohnlichkeit und des Behagens zu verbreiten bestrebt sind, das Werk von M. S. Kübler sich zu eigen machen, sie werden in den „Briefen" der Verfasserin an ihre Freundin, in welchen sie neben der Oekonomie die Poesie, neben dem Wissenschaftlichen das Erziehende und Verklärende zur Geltung bringt und beides mit einander verschmilzt, die edelste Befriedigung finden. — Johannes Scherr sagt von diesem Buche in der „Gartenlaube": „Tausenden und wieder Tausenden von jungen Mädchen, jungen Frauen und jungen Müttern ist die Verfasserin dadurch eine Lehrerin und Führerin, geradezu eine Wohlthäterin geworden und gar mancher junge Ehemann hatte, ohne es zu wissen, vollauf Ursache, der „Marie Susanne Kübler" dankbar zu sein."

Subhastationskalender für die Provinz Posen.*)

Gerichtliche Grundstücksverkäufe innerhalb des Zeitraums vom 1. bis 15. Juni 1880.

(Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.)

Regierungsbezirk Posen.

Amtsgericht Kempen. 1) 10. Juni, Vorm. 9½ Uhr, Grundstücks-Antheile des Handelsmannes Isidor Pesch zu Schildberg

Regierungsbezirk Bromberg.

Amtsgericht Bromberg. 1) 4. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück der Eigenthümer Mathias und Pauline Straszewski'schen Eheleute Nr. 15 Bromberg, Prinzenhöhe, mit 13 Ar 50 Quadratmeter Ländereien, ohne Reinertrag, Gebäudesteuer-Nutzungswerth 636 M. — 4. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück des Eigenthümer Julius Malachowicz Nr. 42 Prinzenthal, mit 62 Ar 50 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 3 M., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 216 M. — 3) 4. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück des Vikar Ignatz Preiß Nr. 2, Fischerstraße Bromberg, mit 3 Ar Ländereien, Gebäudesteuer-Nutzungswerth 945 M. — 4) 5. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Müller Wilhelm und Ernestine Wodtke'schen Eheleute Nr. 162 Fordon, mit 3 Hektaren 89 Ar 60 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 3 M 45 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 174 M. — 5) 5 Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Erben des Eigenthümers Sam. Schülke, a. Kanal-Kol. A. Nr. 40, im Flächeninhalte von 87 Ar 30 Quadratmeter, Grundsteuer-Reinertrag 6 M. 21 Pf.; b. Nr. 13 Klein-Wilczak, im Flächeninhalte von 95 Ar 90 Quadratmeter, Grundsteuer-Reinertrag 19 M. 36 Pf.; c. Nr. 24 Kanal Kolonie B., mit 4 Hektar 24 Ar 50 Quadratmeter Ländereien, Grundsteuer-Reinertrag 47 M. 91 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 36 M.; d. Nr. 27 Kanal-Kol. B., im Flächeninhalte von 50 Ar 90 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 5 M. 97 Pf. — 6) 12. Juni Vorm. 9 Uhr, Grundstück der Wittwe Mathilde Tonn Nr. 78 Deutsch-Kruschin, mit 15 Hektar 3 Ar 10 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 85 M. 14 Pf. — 7) 12. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Eigenthümer Gottlieb und Eleonore Piehl'schen Eheleute Nr. 150 Schulitz mit 21 Ar 40 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 24 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 250 M. — 8) 12. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstücke des Franz Bey, a. Nr. 1 Siebenbergen, mit 4 Hektar 76 Ar 30 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 20 M. 88 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 24 M.; b. Nr. 4 Susen, mit 2 Hektar 39 Ar 20 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 19 M. 71 Pf. — 9) 14 Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück des Eigenthümers August Braun Nr. 95 Schulitz, mit 3 Hektar 56 Ar 80 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 24 M. 30 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 75 M. — 10) 14. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück der Tischlermeister Karl und Emilie Siettmann'schen Eheleute Nr. 65 Okollo, mit 7 Ar. 20 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 0,12 M., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 702 M.

Amtsgericht Czarnikau. 11. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück Nr. 643, Feldmark Pelzighauland — der walzenden Grundstücke — dem Wilhelm Dumke gehörig, mit 2 Hektar 98 Ar 70 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 27 M. 36 Pf. Gebäudesteuer-Nutzungswerth 1 M. 20 Pf.

Amtsgericht Filehne. 1) 12. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück des Bzdrega Nr. 83 Wreschin, mit 17 Hektar 38 Ar Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag $3\frac{66}{100}$ Thlr. — 2) 12. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstücksantheil des Franz Strety Nr. 93 Schneidemühlchen, mit 6 Hektaren 38 Ar 30 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag $1\frac{66}{100}$ Thlr.

Amtsgericht Gnesen. 1. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Sattlermeister Karl und Anna Conrad'schen Eheleute Nr. 283 Gnesen, ohne Reinertrag, Gebäudesteuer-Nutzungswerth 705 M.

Amtsgericht Inowrazlaw. 1. Juni, Vorm. 11 Uhr, Grundstück der Heinrich und Bertha Mahnke'schen Eheleute Nr. 39 Minutsdorf, mit 1 Hektar 83 Ar 60 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag $3\frac{94}{100}$ Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 18 M.

Amtsgericht Labischin. 30. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Thomas und Antonia Hoffmann'schen Eheleute Nr. 3 Czelupka, Kreis Schubin, mit 13 Hektaren 70 Ar 80 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 125 M. 55 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 78 M.

Amtsgericht Mogilno. 15. Juni, Vorm. 11 Uhr, Grundstück der Franz und Josepha Pyszczynski'schen Eheleute Nr. 21 Josephowo, mit 25 Ar 80 Quadratmeter Ländereien, ohne Reinertrag. Gebäudesteuer-Nutzungswerth 24 M.

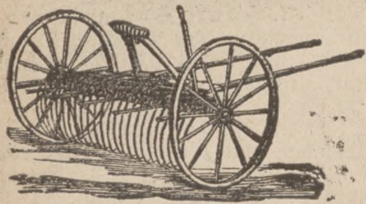
Amtsgericht Strelno. 2. Juni, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Mathäus und Juliana Drygalski'schen Eheleute Nr. 25 Rzeszyn, mit 51 Ar 10 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 1 M. 77 Pf.

Amtsgericht Schubin. 1) 9. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück der Bäckermeister Anton und Josepha Wichrowski'schen Eheleute Nr. 3 Stadt Znin, mit 42 Hektaren 87 Ar 50 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag 876 M. 99 Pf. — 2) 10. Juni, Vorm. 9 Uhr, Grundstück des Schuhmachermeisters Felix Opalewski Nr. 338 Znin, mit 22 Ar 70 Quadratmeter Ländereien. Grundsteuer-Reinertrag $1\frac{34}{100}$ Thlr.

*) Nachdruck ohne Quellenangabe auch in fremder Sprache verboten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

E. Brecht's Wwe., Wronkerstraße Nr. 13, empfiehlt **T a f e l b u t t e r,** à Pfund 90 Pfennige.



Großes Lager

aller landwirthschaftlichen Maschinen, Maschinentheile und roher Gußwaaren. Säulen, Träger, sowie überhaupt alle Eisenkonstruktionen für Bauten billigst.

J. Moegelin in **Posen,**
Eisengießerei, Maschinenbau-Anstalt, Kesselschmiede.

[Wä]hrend der am 28. bis 30. Mai c. stattfindenden

Landwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung zu Bromberg

werden wir mit Musterstücken unserer Fabrikate in
Drehbänken mit und ohne Leitspindel zum Kraft- und Fußbetrieb
und **Bohrmaschinen** zum Hand- und Fußbetrieb vertreten sein.
Fuchs & Kunad, Werkzeugmaschinenfabrik, **Plagwitz - Leipzig.**

Provinzial - Gewerbe - Ausstellung zu Bromberg 1880.

Dauer der Ausstellung vom 15. Mai bis 15. Juli 1880. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vorm. bis 6 Uhr Nachmittags.
Während der landwirthschaftlichen Ausstellung am 28, 29. und 30. Mai 9 Uhr Vorm. bis 7 Uhr Abends.



Montag den 31. Mai
bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelkender
Netzbrücher Kühe nebst den Kälbern
in **Keilers Hotel** zum Verkauf.
J. Klakow, Viehlieferant.

Peter Möller, Stoerdorf b. Wilster i. Holstein,

Landwirth u. Heerdbuchschaucommissair d. landw. Vereins, Vertreter: Heinr. Frido Möller in Hamburg, liefert angeln., breitenburg., oldenburg., ostfries., tondern. u. wilstermarsch. Original-Racen-Vieh, — empfiehlt außer allen Gattungen besonders 1½jähr. Fersen oder Kalben für den Sommer resp. Hochsommer, und erbittet baldige Bestellungen. Weitere Auskünfte sowie Aufgabe von Referenzen briefl. oder während des
Wollmarktes am 12. Juni a. c. in P o s e n, „Mylius' Hôtel de Dresde".

Pa neuen keimfähigen Amerikan. Pferdezahn-Saatmais 79er Ernte
hat noch billig abzugeben
C. E. Nitsche,
Schmiegel.

Ernst Engel's Fussbodenlack,

streichfertig, glänzend, haltbar, schnell trocknend,
½ Ko. à 1 M. 10 Pf., 1 Ko. à 2 M. 20 Pf. incl. Orig.-Flasche
(½ Ko. für eine einfenstrige Stube genügend).
Haupt-Depot:
Roman Barcikowski in **Posen.**
Fabrik-Comptoir: **Ernst Engel, Berlin** SW., Friedrichstr. 34.

Postkarten für die Gerichte

zur Mittheilung der Kostenrechnungen an Zahlungspflichtige gemäß § 14 Nr. 2 der Anweisung vom 30. August 1879, deren Anwendung das Ministerium durch Verfügung vom 7. d. Mts. wiederholt angeordnet hat, werden stets vorräthig gehalten

in dem Formular-Magazin der Hofbuchdruckerei W. Decker & Co. (E. Röstel, Posen).

15 Schock Roggenstroh
(Flegeldrusch) hat zu verkaufen der Gutsbesitzer **G. Winkler** in Grünau bei Poln. Lissa.

Neue Kartoffel.

Römische Kartoffel, groß und weiß, offeriren per Ctr. Mk. 18.
Mailänder neue Zwiebel, weiß per Ctr. Mk. 16.
Kirschen per Kilo 80 Pf.
Oderstraße 16 **Breslau.**
Pietro Dececco aus Verona.

Conserve-Büchsen.

Spargel-Büchsen ⅞ Liter Inhalt 40 Pf., Gemüsebüchsen ¼ Liter 20 Pf., ½ Liter 27 Pf., 1 Liter 42 Pf. Alle anderen Büchsen, sowie Zinn u. s. w. billigst gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages. Franco-Lieferung. Emballage frei.
Zehdenick p. Berlin.
W. Neitsch,
Conserve-Büchsen-Fabrik.

Herm. Oldenkott, Henr. Zoon & Comp.

Amsterdam und **Emmerich** Rheinpreussen versenden gegen Casse oder unter Nachnahme von zu altem Zoll eingeführter Waare, die bekannten Marken
feiner holländischen Rauchtabake in 1/2 u. 1/5 Pfd.-Packeten.

Preis per Pfund.		Pf.	Preis per Pfund.		Pf.
Maryland en Java leicht	f	80	**Knaster** leicht	gr	130
Half Knaster mittelstark	gr	85	**Superfyne Varinas** kräftig	ff	130
A Zoort kräftig	f	90	**Varinas I.** mild	f	155
De Jager leicht	f	90	**Bahia Krüll** leicht	ff	175
R Zoort mild	f	90	**Varinas O.** mild	mf	185
T Zoort mittelstark	gr	90	**Cuba Knaster** kräftig	ff	205
Mufti Mufti mild	ff	100	**Maracaibo** „ mittelst.	f	225
H Zoort mittelstark	gr	110	**Venezuela** „ mild aro-		
M Zoort „	f	110	matisch	ff	245
Fyne Shag leicht	ff	110	**Curacao** „ fein aro-		
Varinas en Portorico kräft.	f	120	matisch	mf	265

gr. bedeutet grob geschnitten. mf. mittelfein. f. fein. ff. sehr fein.

Preis - Courant von holländischen Cigarren zu **alten Preisen** auf Wunsch **franco. Proben - Tabak** in ½ Pfunden und **Sortimentskistchen** von 100 Stück div. Sorten **Cigarren** stehen gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken zu Diensten. Bei 500 St. Cigarren oder 9 Pfd. Tabak geschieht die Zusendung **franco.** Correspondenzen werden des Portos wegen nach **Emmerich** erbeten. Die durch die Steuererhöhung hervorgerufenen geschäftlichen Schwierigkeiten, veranlassen uns, in direkten Verkehr mit den Consumenten zu treten, hoffend, uns durch alte Vorräthe zu den billigsten Engrospreisen um so rascher einzuführen.

Genfer
Bandwurmmittel,

als das vorzüglichst wirkendste Mittel von Aerzten und Laien anerkannt; es ist vollständig geschmacklos und unschädlich, daher zur Feststellung des Vorhandenseins eines Bandwurms zweckdienlich. — **Kopf wird in circa 2 Stunden entfernt.** — Mit genauer Gebrauchsanweisung a Cart. nur 3 Mk. zu beziehen durch **alle größeren Apotheken des In- und Auslandes.**
Generaldepot für die Provinz Posen:
Dr. Wachsmann's Apoth.
in Posen,
Breslauerstraße 31.
Das Genfer Bandwurmmittel ist gesetzlich geschützt und von unübertrefflicher Wirkung.

Umzugshalber ist ein wenig gebrauchtes, elegantes Coupé (ein Brumm) für vier Personen, welches sich für Hotelbesitzer sehr gut eignet, billig zu verkaufen. Näheres bei **C. Goławleckl, Bukerstr. Nr. 191** vor dem alten Bahnhof **Posen.**

Dominium **Turkowo** bei Buk hat monatlich bis 130 Pfund frische **Tischbutter** abzugeben.

Für **gewöhnliche Domänen- und Schweizer Butter** ist Abnehmer (gegen Kasse)
A. Pahlke, Berlin O.,
Friedrichsberg 123.

Die Rennenpfennig'schen
approbirten
Hühneraugen-Pflästerchen

sind vor wie nach nur allein ächt zu haben à Schachtel 1.20 Pfg. und à Stück 10 Pfg. bei **Joseph Basch** in **Posen,** Markt 59.

Torfstechmaschinen

bester Construktion empfiehlt
J. Moegelin
in **Posen.**

Durch Vermittelung der Herren **W. F. Meyer & Co.** und **Emil Brumme** in **Posen** ist der R. F. Daubitz'sche Magenbitter von dem Apotheker R. F. D a u b i t z in B e r l i n, Neuenburgerstraße 28, bereitet und bei Hämorrhoiden-, Unterleibs- und Magenbeschwerden bewährt, nur allein ächt zu beziehen.

Pensionat.

Angenehme, in jeder Hinsicht sorgfältige und zugleich preiswerthe Pension finden noch einige junge Mädchen der bessern Stände bei der Wittwe eines Offiziers. Gefl. Offert. unter **E. M. St. Breslau,** Grünstr. 26, 2. Et. zu senden.

Geschlechts-

Krankheiten speziell **Syphilis-, Haut-, Hals- u. Fussübel** (Flechten), sowie Schwächezustände u. Frauenkrankh., auch die verzweifeltsten Fälle, heilt **brieflich** mit sicherem Erfolg d. i. Ausland approb. **Dr. med. Harmuth, Berlin,** Kommandantenstraße **30.** — Tausende Adressen Geheilter, welche andere Kuren vergeblich brauchten, liegen zur Einsicht.

Eine helle geräumige Werkstatt nebst Wohnung ist zum 1. Juli zu vermiethen.
A. Nielbock,
Bäckerstraße 19.

2 f. möbl. Zimmer f. z. verm. Neuestraße 6, 2 Treppen rechts.

Krämerstraße 25 sind 3 Zimmer, Küche und Nebengelaß pr. 1. Juli c. zu vermiethen. Näheres zu erfragen bei **Bernhard Aschheim,** Büttelstraße 23.

Sommerwohnung.
Ein, auch drei große Zimmer, Küche, Gartenpromenade, ganz nahe der Stadt, vom 1. Juni zu verm durch **J. Baro,** Friedrichsstr. Nr. 13 I.

Eine Wohnung, aus einem großen und zwei kleinen Zimmern bestehend, wird in der Nähe der Gr. Gerberstr. zu miethen gesucht. Gefl. Offerten unter Chiffre **L. 20** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Wienerstr. 6 zwei Tr. r. ein eleg. möbl. 2fenstr. Z. v. 1. Juni zu v.

2 Stuben, 2 angr. Kam., 80 Thlr., 3 Tr., 2 Stuben, Küche, 2 Tr., 100 Thlr., ein großer Keller Breslauerstraße 35 zu vermiethen.

Martinstr. 26

ist die **Beletage** zu vermiethen. Näheres bei Dr. v. Gąsiorowski.

Vertretung für Mannheim und Umgegend

in gangbaren Gebrauchsartikeln sucht ein tüchtiger bestens empfohlener Kaufmann. — Auf eine Spritagentur wird vorzugsweise reflektirt. Gefl. Anträge befördert unter **P. 1963 Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

Einen **Lehrling** sucht
August Heintze, Bäckermeister.

Ein Wirthschaftsbeamter, unverheirathet, der deutschen u. polnischen Sprache mächtig, mit der Buchführung u. dem Brennereibetrieb vertraut, wird zum 1. Juli d. J. gesucht. Adr. unter **G. S.** an **Rudolf Mosse, Posen.**

Eine Berliner Cichorienfabrik sucht für **Posen** und **Umgegend** einen **tüchtigen Vertreter.** Gefl. Adressen sub **K. S. 950** durch **Rudolf Mosse, Berlin C.,** erbeten.

Ein Landwirth,
7 Jahr beim Fach, an ausdauernde Thätigkeit gewöhnt, vom gegenwärtigen Herrn Prinzipal aufs Beste empfohlen, auch Schütze, sucht 1. Juli event. auch 1. Oktober cr. Stellung unter Leitung des Herrn Prinzipals. Offert. unter A. T. Expedition dies. Zeitung erbeten.

Ein ordentlicher Laufbursche
wird gebraucht bei
Slomowska, Wilhelmsstr. 26.

Ein ordentlicher, verheiratheter oder unverh. **Kutscher,** der deutsch spricht, findet sofort Stelle in **Elsenau** bei Kurnik.

Ein **jung. anst. Mädchen** wünscht 1. Juli Stellung als **Stütze der Hausfrau** auf einem großen Gute, oder selbständige Führung einer kleinen Wirthschaft. Adr. S. Nr. 100 postlagernd Jarotschin.

Koch und Konditor
22 Jahre alt, noch in Stellung, sucht zum 15. oder zum 1. Juli Stellung. Gefällige Offerten unter A. B. postlagernd Posen.

Familien-Nachrichten.
Unsere Tochter **Martha** starb heut Morgen im Alter von 4 Monaten.
Emil Hoefer und Frau.

Nachruf.

Gestern verschied plötzlich der Rentier
Manasse Beradt
hierselbst. Seit 18 Jahren Mitglied des Magistrats, war er, einfach und bieder in seinem Wesen, stets bemüht, die städtischen Interessen nach bestem Wissen zu vertreten. Wir verlieren in ihm einen geachteten Bürger.
Ehre seinem Andenken.
Grätz, den 27. Mai 1880.
Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Für Schulden meines Sohnes F r a n z komme ich nicht auf.
A. Lasz, Wreschen.

Allg. Männer-Gesang-Verein.
Sonnabend, den 29. d. M., Nachmittags 5 Uhr, im **Zoologischen Garten Frühlings-Fest.**
Der Vorstand.

Verein junger Kaufleute Posen.
Außerordentliche General-Versammlung
Montag den 7. Juni,
Abends 8 Uhr,
im Vereinslokale.
Tagesordnung:
Neuwahl eines Kurators.
Der Vorstand.

Loose

zur Bromberger Gewerbe-Ausstellung
sind à 1 Mark in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Dem Frl. **Hulda J.** zu ihrem heutigen **Wiegenfeste** ein dreimaliges Hoch. **R. K.**
Posen, den 28. Mai 1880.

Victoria- (Interims-) Theater.

Freitag, den 28. Mai 1880:
Wegen Vorbereitung der Operette:
Die Fledermaus
geschlossen.
Sonnabend, den 29. Mai 1880:
Gastspiel des Frl. v. Csepcsanyi vom Friedrich-Wilhelmstädt. Theater in Berlin.
Die Fledermaus.
O p e r e t t e in 3 Akten von J o h. S t r a u ß.
Adolf Oppenheim.

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.
Freitag, den 28. Mai c.:
Joyeuse.
Lustspiel in 3 Akten.
Gastspiel der unübertrefflichen Neger-Clowns, Hochspringer u. Pantomimen **Jolly Coons.**
Die Direktion. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Rosette van Praag mit Dr. phil. Emil Levy in Berlin. Frl. Anna Krause mit Dr. phil. Futh in Neustettin und Gartz. Frl. Angelika Hübner mit königl. Bauführer Alfred Fromm in Tapiau. Frl. Klara Wachtel mit Gerichts-Assessor Julius Ebbecke in Quedlinburg.

Verehelicht: Herr Hermann Brandes mit Frl. Selma Simon in Berlin. Herr Heinrich Fränkel mit Fräul. Hulda Krolik in Berlin. Pastor Gotthold Dächsel mit Frl. Agnes Dächsel in Briese bei Oels und Steinkirche bei Strehlen. Herr Albert Isensee mit Frl. Helene Müller in Bergen a. Dumme. Hülfsprediger Wolfgang Dreising mit Frl. Sophie Ziegner in Potsdam.

Geboren: Ein Sohn den Herren: Arnold Weinberg in Berlin. Paul Rohde in Berlin. Ad. Karbe in Buckow b. Eberswalde. Bürgermeister Schmitsdorf in Ellrich a. Harz. Premier-Lieutenant Freiherr v. Friesen in Dresden. Theodor von der Brelie in Winsen. — Eine Tochter den Herren: E. Haselbach in Berlin. J. Schröter in Berlin. Gustav Horbach in Förderstedt. Freiherr von Maltzan in Puchow. Graf von Zieten-Schwerin in Wustrau.

Gestorben: Frau Dr. Dorothea Richter, geb. Lamprecht. Kaufmann Louis Gantzer. Kaufmann F. Lüders (Berlin). Fabrikant Adolph Heiter (Berlin). Verw. Frau Zoll-Einnehmer Wilhelmine Stumpf geb. Druschki (Berlin). Verw. Frau Friederike Morgenstern geb. Dittmer (Leipzig). Ober-Insp. a. D. August Siegmund (Straußberg). Oberstabsarzt Dr. Wilhelm Baltes (Bonn). Herr Hansemann (Eupen). Frau Dr. Schimmelpfennig (Berge in Hannover). Frau Wilhelmine Hassenstein, geb. Benetsch (Saalfeld i. Ostpr). Rittmeister Rudolph v. Rundstedt (Reichenhall).

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.